

Trauer, Wut und Widerstand



**Antirassistische Initiativen
und Gedenkpolitik**

Vorwort

Der Dokumentarfilm „Der zweite Anschlag“ der Regisseurin Mala Reinhardt dokumentiert die bisher wenig beachtete Perspektive von Betroffenen rechter Gewalt und stellt sie in den Mittelpunkt. Zu Wort kommen Osman Taşköprü, der Bruder von Süleyman Taşköprü, der vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) 2001 in Hamburg ermordet wurde, Ibrahim Arslan, der den rassistischen Brandanschlag von Mölln 1992 knapp überlebte und Mai Phúóng Kollath, die in Rostock-Lichtenhagen wohnte, als im August 1992 dort unter dem Beifall hunderter Schaulustiger das Sonnenblumenhaus von Neonazis in Brand gesteckt wurde. Sie erzählen unter anderem, wie nach den Anschlägen die Opfer und Betroffenen immer noch wie Beschuldigte bzw. Täter*innen behandelt wurden.

Mit dieser Broschüre möchte das Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlusstrich Dortmund einige der antirassistischen Initiativen und Bündnisse in Deutschland vorstellen. Ihr Engagement hat viele Gemeinsamkeiten: Sie halten das Gedenken an die Betroffenen aufrecht, solidarisieren sich mit den Opfern rechter Gewalt und ihren Angehörigen, fordern Aufklärung und Konsequenzen. Sie gründeten sich in Reaktion auf passive staatliche Behör-

den bzw. aktive Vertuschungsversuche (des institutionellen Rassismus), schaffen Raum für Selbstermächtigung der Opfer, Betroffenen und Unterstützer*innen. Sie fordern Aufklärung – denn ohne dieses Engagement wären der Mord an Oury Jalloh (S.49) der am 7. Januar 2005 in Dessau im Polizeigefängnis ums Leben kam, oder der Tod von Amed Ahmad (S.66), der am 29. September 2018 an den Folgen eines Brandes in einer Zelle in der Justizvollzugsanstalt Kleve starb, in Vergessenheit geraten. Sie zeigen den Angehörigen und den Betroffenen, dass sie nicht alleine sind.

Mit der Vorstellung der antirassistischen Initiativen möchten wir auch auf die erschreckende Kontinuität des Rassismus in Deutschland verweisen. Seit Jahrzehnten wiederholen sich rassistisch motivierte Ausschreitungen, Angriffe und Morde. Der NSU-Komplex bleibt weiterhin ungeklärt. Der mutmaßliche Mörder des Politikers Walter Lübcke hat Verbindungen zu einem rechten Netzwerk. Die Terroranschläge in Halle im Oktober 2019 sowie in Hanau im Februar 2020 und die Gefahr von Prepper-Gruppen, die Waffen und Munition horten, um sich für einen Bürgerkrieg aufzurüsten, und die seit Jahren andauernden rassistischen Angriffe in Berlin-Neukölln zeigen die Gefahr, die von organisierten Rechtsterrorist*innen ausgeht.

Hinzu kommt, dass mit der AfD eine rechte Partei in den Stadträten, Landtagen und im Bundestag sitzt, die den Diskurs rund um Flucht, Migration und Zusammenleben nach rechts verschiebt und rechtes Gedankengut zu etablieren versucht. Hierbei dürfen wir aber nicht vergessen, dass auch die regierenden Parteien in ihrer Politik nicht frei von Rassismus sind. Die AfD ist die Konsequenz des politischen Klimas, das die regierenden Politiker*innen seit Jahrzehnten erzeugen.

Rassismus wird leider immer noch in Teilen unserer Gesellschaft verharm-

lost oder gar negiert. Dabei dürfen wir niemals vergessen: Rassismus tötet.

Daher fordern wir: Der Rassismus in unserer Gesellschaft muss ehrlich thematisiert und bekämpft werden. Nach wie vor ist rechter Terror in Deutschland gefährliche Realität. Die Sorgen und Ängste der Menschen, die davon betroffen sind, müssen ernst genommen und antirassistische Initiativen und Bündnisse unterstützt werden. Wir wollen mit dieser Broschüre einen Beitrag dazu leisten.

Ali Şirin

Impressum

Dortmund, Oktober 2020

Herausgegeben von:

Bündnis Tag der Solidarität - Kein Schlusstrich Dortmund
Münsterstr. 56
44145 Dortmund

buendnis_tagdersolidaritaet@keinschlusstrich-do.de
www.tagdersolidaritaet.wordpress.com



Redaktion: Ali Şirin, Alexandra Gehrhardt

Produktion: Print Faktor GmbH, Bonn

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e.V.



Inhaltsverzeichnis

Die „doppelte Mauer“ und Rassismus in der DDR	
Initiative 12. August – In Gedenken an Raúl García Paret und Delfin Guerra	6
Vom vergessenen zum langsamen Erinnern	
Die Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân	9
Eine kritische Gegenerzählung zur Entpolitisierung	
Die Initiative kritisches gedenken erlangen	13
„Von Rassismus wurde damals nie gesprochen“	
Die Initiative Duisburg 26. August 1984	16
Geteiltes Leid ist halbes Leid	
Gedenken an Ramazan Avcı und Mehmet Kaymakçı	20
Interview: Hinterbliebene über rassistischen Mord: „Ich war sehr alleine“	27
Weg vom Mythos der unvorhersehbaren Gewalt	
Erinnerung an die Pogrome in Hoyerswerda	31
Engagement für mehr Gerechtigkeit	
Ibrahim Arslan und sein Einsatz gegen Rassismus	36
Die Perspektive der Betroffenen	
Initiative Hafestraße'96	38
Nicht locker lassen	
Die Initiative „Keupstraße ist überall“ in Köln	44
Ein Mahnmal für die Keupstraße	
Herkesin Meydanı	47
Oury Jalloh – Das war Mord	
Break the Silence	49
Grenzen zwischen Communities überwinden	
Bündnis Tag der Solidarität / Kein Schlusstrich Dortmund	53
Die Forderungen der Betroffenen müssen an erster Stelle stehen	
Das Bündnis Kein Schlusstrich Hessen	56
#burakunvergesen: Acht Jahre Forderung nach Aufklärung	
Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş	60
Warum musste Amed sterben?	
Die Initiative Amed Ahmad	66
„Die Wahrheit steht außer Frage“	
Die Initiative Gerechtigkeit für Adel B.	74
„Wir müssen den Alltag stören“	
Anti-Rassismus-Protest am 8. Mai	77
140 Quadratmeter gegen das Vergessen	
Die Initiative 19. Februar Hanau	80
Gastkommentar von Newroz Duman	83

Die „doppelte Mauer“ und Rassismus in der DDR

Initiative 12. August – In Gedenken an Raúl García Paret und Delfin Guerra

Die kubanischen Vertragsarbeiter Raúl García Paret und Delfin Guerra wurden 1979 in Merseburg ermordet. Die Initiative 12. August kämpft für die juristische Aufklärung des noch immer ungeklärten Verbrechens, ein würdiges Gedenken an die Tat und ihre Opfer und die Aufarbeitung von Rassismus in der DDR.

Ab 1963 schloss die DDR mit verschiedenen „sozialistischen Bruderstaaten“ bilaterale Verträge, um ihren Arbeitskräftemangel durch sogenannte „ausländische Werk tätige“ auszugleichen, so auch 1978 mit Kuba. In diesem Rahmen kamen auch Delfin Guerra (18 Jahre) und Raúl García Paret (21 Jahre) nach Merseburg und arbeiteten im „VEB Leuna-Werke Walter Ulbricht“. Das Leben der meisten Vertragsarbeiter*innen in der DDR war geprägt von harter Arbeit, Isolation von der DDR-Bevölkerung und starker Regulierung ihres Privatlebens, wie z.B. ihrer Freizeitbeschäftigungen und ihrer Liebesbeziehungen. In Merseburg gab es viele rassistische Vorurteile und Ablehnung gegen die kubanischen

Arbeiter*innen. So berichtet Ramón Cruz, der auch als Vertragsarbeiter aus Kuba nach Merseburg kam, in einem Interview 2019: „Ich fühlte mich nie gleichberechtigt behandelt! Es gab viel Rassismus und Ungerechtigkeit.“¹

Nachdem es am Vortag erneut zu rassistischen Angriffen gekommen war, beschloss eine Gruppe der kubanischen Vertragsarbeiter am 12. August 1979, sich zur Wehr zu setzen. Etwa 30 Kubaner griffen die mutmaßlichen Täter*innen in der damaligen Diskothek „Saaletal“ („Strandkorb“) an. Doch die Situation eskalierte und ca. 200 Besucher*innen der Diskothek verfolgten nun die Kubaner brutal. Diese flohen vor dem wütenden Mob entlang der Saale. Auf einer naheliegenden Brücke wurde ihnen der Weg versperrt. Mehrere Kubaner flüchteten in die Saale oder wurden hineingeworfen. Daraufhin wurden sie weiter mit Flaschen und Steinen beworfen. Eine Zeugin sagte in der damaligen Vernehmung, dass ihr Wurf „Wirkung zeigte“. Delfin Guerra und Raúl G. Paret starben. Man barg ihre Leichen erst Tage später, sodass die Todesursache von Delfin Guerra nicht mehr feststellbar war. Fehlende Verletzungen an zwei stark verwesenen Leichen sollen der Beweis dafür sein, dass keine Tat stattgefunden hat. Eine Verurteilung hat es nie gegeben. Die Tat wurde in der DDR vertuscht und bis heute niemand dafür zur Rechenschaft gezogen. Erst im Jahr 2016 beendete eine Dokumentation des MDR das Schweigen in Merseburg.²

¹ Interview der Initiative 12. August mit Ramón Cruz, 01.09.2019

² MDR Exakt - Die Story, Vertuscht und Verdrängt. Warum starben Vertragsarbeiter in der DDR? Ausstrahlung: 17.08.2016



Gedenken an Raúl García Paret und Delfin Guerra, 12.8.2019, Merseburg

Daran anknüpfend gründeten 2019 mehrere Personen aus Merseburg, Halle und Leipzig zum 40. Todestag die Initiative 12. August und veranstalteten zum ersten Mal ein öffentliches Gedenken. Als Initiative setzen wir uns für die juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Tode von Delfin und Raúl ein und thematisieren Rassismus in der DDR und dessen Kontinuität bis heute. Es ist ein offenes Geheimnis in der Stadt Merseburg, was am 12. August 1979 geschah. Meist herrscht die Meinung, dass es sich nicht um eine

rassistische Tat handle und von Mord nicht die Rede sein könne oder aber der Mord wird mit den Auseinandersetzungen der Tage zuvor gerechtfertigt. Auf Facebook tauchen immer wieder Personen auf, die offen sagen, dass sie an der Tat beteiligt waren. Die Täter*innen fühlen sich in der Stadt scheinbar sicher, was sich auch in den vielen rassistischen Angriffen der letzten Jahre widerspiegelt.

Das Einrichten eines Gedenkortes an der Saale wird von der Stadt ver-

weigert. Oberbürgermeister Jens Böhlingen sagte gegenüber der Mitteldeutschen Zeitung bezüglich eines Gedenkortes, dass es unpassend wäre, Spekulationen freien Lauf zu lassen und ihnen durch das Anbringen von Gedenktafeln Nahrung zu geben.

Die Staatsanwaltschaft Halle und die städtische Politik fördern das rassistische städtische Klima. 2016 und 2019 wurde erneut Anzeige wegen Mordes gegen Unbekannt gestellt. Beide Verfahren wurden eingestellt, denn „zureichende tatsächliche Anhaltspunkte“ seien nicht ersichtlich. Die Staatsanwaltschaft Halle sieht keine Anhaltspunkte für die Unterdrückung der Ermittlungen durch das Ministerium für Staatssicherheit, obwohl diese durch interne Dokumente belegt sind. Das Staatsministerium hatte damals die Einstellung des Verfahrens gefordert, um die Beziehung zur kubanischen Regierung nicht zu gefährden.

1979 teilte man den Angehörigen von Raúl und Delfin lediglich mit, sie seien bei einem Arbeitsunfall ums Leben gekommen. Erst mit der Recherche des MDR-Teams 2016 setzte man die Familie von Raúl Garcia Paret über die Umstände seines Todes in Kenntnis. Raúls Schwester Olga sagte in dem MDR-Interview: „Ich möchte den Deutschen gerne mitteilen, dass mein Bruder auf eine Reise geschickt wurde, um seine Ausbildung zu erhalten. Diese schlimme Tat, durch die er zu Tode kam, muss untersucht werden, durch

einen Anwalt und durch das Gesetz. Wir als Familie in Kuba wollen, dass es Gerechtigkeit gibt.“

Für die Initiative bedeutet dies, die Forderung der Angehörigen ernstzunehmen und eine weitere Untersuchung der Tatumstände des 12. August 1979 einzuklagen. Wir fordern die Aufarbeitung dessen, was damals passiert ist und die Thematisierung des Rassismus in der DDR, der auch vielen anderen Menschen das Leben kostete. Wir fordern einen Gedenkort in Merseburg für Raúl Garcia Paret und Delfin Guerra, um den beiden zu gedenken und dem tödlichen Schweigen in Merseburg ein Ende zu setzen. Außerdem wollen wir uns weiter mit der von Paulino Miguel beschriebenen „doppelten Mauer“ beschäftigen. Paulino Miguel ist selbst ehemaliger Vertragsarbeiter in der DDR gewesen und ist heute Antirassismus- und Empowerment-Trainer. Er beschreibt in seinen Arbeiten eine „doppelte Mauer“, die Migrant*innen in der DDR nicht nur von der BRD abschirmte, sondern auch vom Rest der DDR-Gesellschaft. Wir wollen das gesellschaftliche Klima in den Fokus nehmen, in dem diese Gewalt damals entstehen konnte, und welches ihre Kontinuität bis heute verursacht. Wir freuen uns über viele Arten der Unterstützung. Tragt die Geschichten von Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret weiter und unterstützt uns dabei auch Ostdeutschland als migrantisch geprägte Gesellschaft zu verstehen.

Vom vergessenen zum langsamen Erinnern

Die Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân

Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân starben, nachdem Neonazis im August 1980 einen Brandanschlag auf ihre Unterkunft in der Hamburger Halskestraße verübten. Erst nach der Selbstenttarnung des NSU gelangte der Anschlag wieder an die Öffentlichkeit.

Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân

Nguyễn Ngọc Châu wurde am 26. Juli 1958 in Saigon geboren. Đỗ Anh Lân kam am 10. März 1962 zur Welt.

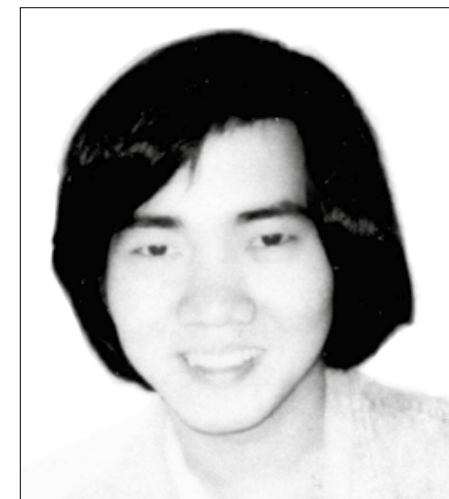


Nguyễn Ngọc Châu

Er stammt aus Cholon, dem chinesischen Teil von Saigon. Der Lehrer Nguyễn Ngọc Châu und der Schüler Đỗ Anh Lân kannten sich nicht, als sie in Hamburg aufeinandertrafen. Đỗ Anh Lân war 1979 im Rahmen einer humanitären Hilfsaktion aus einem Camp für Geflüchtete auf der malaysischen Insel Pulau Bidong nach Hamburg gelangt. Nguyễn Ngọc Châu kam im April 1980 mit der Hilfsorganisation Cap Anamur. In der Unterkunft in der Halskestraße 72 waren damals etwa 240 Menschen untergebracht. Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân teilten sich im Sommer 1980 ein Zimmer.

Opfer des rassistischen Brandanschlags am 22. August 1980 in Hamburg

In der Nacht vom 21. auf den 22. August 1980 verübten zwei Mitglie-



Đỗ Anh Lân

der der terroristischen Neonazigruppe „Deutsche Aktionsgruppen“ einen Anschlag auf die Unterkunft. Sie warfen Brandsätze in das Zimmer von Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân, das auf der Rückseite des Hauses im Erdgeschoss lag. Nguyễn Ngọc Châu starb noch in der Nacht des Anschlages. Der durch das Feuer schwer verletzte Đỗ Anh Lân starb am 31. August 1980. Sie wurden am 4. September in nebeneinanderliegenden Gräbern auf dem Friedhof Öjendorf begraben, 2005 wurden die Gräber aufgelöst.

1980: Rechter Terror in der BRD

Das Jahr 1980 markiert einen Einschnitt in der Geschichte der damaligen BRD. Denn nicht nur in der Halskestraße mussten bei einem Anschlag von Rechtsextremisten am 22. August 1980 zwei junge Menschen sterben, einen Monat später, am 26. September, kamen beim Oktoberfestattentat in München 13 Menschen bei einem Bombenanschlag ums Leben und über 200 weitere wurden verletzt. Schon in den Jahren zuvor sind Menschen und Institutionen von Neonazis angegriffen und getötet worden. Doch die Anschlagsserie der „Deutschen Aktionsgruppen“, der auch Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân zum Opfer fielen, markierte einen Einschnitt, war es doch der, soweit bekannt, erste Anschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft, bei dem Menschen getötet wurden.

Reaktionen auf die rassistischen Morde in Hamburg

Die Medien berichteten damals ausführlich über den Anschlag, Politiker verurteilten die Tat und Hamburgs damaliger Erster Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) hielt die Trauerrede vor den etwa 400 Trauergästen. Doch danach geriet das Verbrechen in Vergessenheit. Es gab weder ein Gedenken an Đỗ Anh Lân und Nguyễn Ngọc Châu noch an die Umstände und Entwicklungen, die vor 40 Jahren zu dem Brandanschlag führten.

Gründung der Gedenkinitiative im Jahr 2014

Durch die Beschäftigung mit den Taten des NSU sind wir auf diese „vergessenen“ Morde aufmerksam geworden. Seit sechs Jahren bemühen wir, die Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân, uns um einen würdigen Gedenkort und führen seit 2014 eine jährliche Gedenkkundgebung mit einer Schweigeminute und einer buddhistischen Gebetszeremonie durch. Wir sind aus den verschiedensten Motivationen zu der Initiative gekommen: Manche, weil sie selbst in der Geflüchtetenunterkunft in der Halskestraße gewohnt hatten; manche, weil sie die beiden kannten, und wieder andere, weil sie schon länger antirassistische und antifaschistische Arbeit machen.

Seit sechs Jahren fordern wir die Umbenennung der Halskestraße nach den beiden Opfern Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân, die Umbenennung der dortigen Bushaltestelle sowie die Errichtung eines Gedenkortes.

Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân

Stresemannstr. 100, 22769 Hamburg

www.chau-und-lan-gedenken.de

<https://inihalskestrasse.blackblogs.org/>

FB: <https://www.facebook.com/linihalskestrasse/>

Ein würdiges Gedenken schaffen: die Umsetzung unserer Forderungen

Zwar stießen wir 2019 in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte auf eine sehr breite Zustimmung, als wir einen Antrag auf finanzielle Hilfe zur Errichtung eines Gedenkortes und auf Unterstützung für die Straßenumbenennung stellten. Die Umsetzung der Beschlüsse ist jedoch kein Selbstgänger.

In Bezug auf die Straßenumbenennung stoßen wir bisher immer wieder auf erhebliche Widerstände. Die Kulturbehörde lehnt eine Umbenennung mit den seit fünf Jahren immer gleichen Argumenten ab, ohne sich auf unsere Kompromissvorschläge einzulassen.

Auch die Schaffung eines Gedenkortes in der Halskestraße gestaltete

sich schwierig. Die Brachfläche gegenüber der ehemaligen Geflüchtetenunterkunft wurde mittlerweile mit einer Tankstelle bebaut. Andere Flächen, die ein würdiges Gedenken ermöglichen, existieren in dem unwirtlichen Industriegebiet praktisch nicht. So haben wir uns entschieden, den Gedenkort auf dem Friedhof Öjendorf zu errichten. Dank der Unterstützung der Friedhofsleitung konnten wir dies zum 40. Jahrestag des Anschlages bereits realisieren und Ende August am Eingang zum Grabfeld, auf dem Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân bis 2005 begraben waren, ein Denkmal aufstellen.

Um die Errichtung von Informations tafeln in der Halskestraße bemühen wir uns weiter. Zudem gibt es noch andere Ideen für die Markierung des Tatortes und die Gestaltung des Informationsortes. Beide Orte, das Denkmal in Öjendorf und den Informationsort in der Halskestraße, möchten wir digital zusammenführen und auf einer Webseite Informationen zur Tat, zu den gesellschaftlichen Hintergründen sowie über die beiden Opfer und zu Sichtweisen Betroffener präsentieren.

Von der Notwendigkeit öffentlichen Gedenkens

Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân waren zwei junge Männer mit ihren ganz eigenen Geschichten und Erinnerungen, Wünschen und Vorstellungen. Sie wollten sicher vieles von ihrem Le-

ben, und sicher wollten sie keine Symbolfiguren werden. An sie wollen wir erinnern, auch wenn die wenigsten von uns sich an sie erinnern können. Wir erinnern an die Geschichte, die sie erlebt und nicht überlebt haben, wir erinnern an die bis heute andauernde Geschichte des deutschen Rassismus, dem sie zum Opfer fielen. Und wir wollen, wenn wir ihrer gedenken, auch daran denken, dass immer noch viel zu viele andere Menschen ähnliche Geschichten erleben müssen. Bei uns in Hamburg, in Deutschland, weltweit.

Warum also Gedenken und Erinnern? Damit wir uns, 75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, immer

wieder klarmachen, in welcher Zeit und welcher Gesellschaft wir leben. Dass das eine Zeit und eine Gesellschaft sind, die das Potential haben, immer neue Fälle wie den von Đỗ Anh Lân und Nguyễn Ngọc Châu hervorzubringen. Damit wir alles tun, damit alles getan wird, um dies endlich zu beenden.

SPENDENKONTO:

**Strese 100 e.V.
IBAN: DE41 4306 0967 2004 2005 00
BIC: GENODEMIGLS**

Verwendungszweck (bitte unbedingt angeben!): Chau und Lan

Eine kritische Gegenerzählung zur Entpolitisierung

Die Initiative kritisches gedenken erlangen

Shlomo Lewin und Frida Poeschke wurden am 19. Dezember 1980 in ihrem Haus ermordet, nie wurde ein*e Täter*in dafür verurteilt. Eine Initiative stemmt sich gegen das entpolitisierte Gedenken.

Die „Initiative kritisches gedenken erlangen“ hat sich im Januar 2019 gegründet, um das antisemitische Attentat auf Shlomo Lewin und Frida Poeschke zu erinnern und aufzuarbeiten. Shlomo Lewin wurde 1911 in Jerusalem geboren und wuchs in Deutschland auf. Dort lebte und arbeitete er, bis er durch die NS-Verfolgung zur Flucht gezwungen wurde. Im damaligen Palästina schloss er sich der zionistischen Untergrundorganisation „Hagana“ an und lebte nach der Staatsgründung in Israel. 1960 kehrte er nach Deutschland zurück und trug dort dazu bei, jüdisches Leben nach der Shoah wiederaufzubauen. Er war unter anderem als Rabbiner, Verleger und als Vorsitzender der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg tätig. Frida Poeschke, 1923 in Langenzenn geboren, wurde seine Lebenspartnerin und gemeinsam setzten sie sich für christ-

lich-jüdische Zusammenarbeit ein. Am 19. Dezember 1980 wurden beide in ihrem gemeinsamen Haus in Erlangen erschossen. Wenige Tage später sollte die Gründung einer jüdischen Gemeinde in Erlangen erfolgen. Diese fand stattdessen erst 1997 statt.

Der Täter Uwe Behrendt war Mitglied der rechten Studentenvereinigung Hochschulring Tübinger Studenten und der Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG). Deren selbsternannter Chef Karl-Heinz Hoffmann half Behrendt im Anschluss an den Mord die Tatkleidung zu vernichten und unterstützte ihn finanziell bei seiner Flucht in den Libanon. Dort war Behrendt bei der WSG-Auslandsorganisation aktiv und soll 1981 Selbstmord begangen haben. Die WSG war in den 1970er Jahren eine der größten deutschen paramilitärischen Neonazi-Organisationen der BRD. Trotz ausführlicher Recherchen und eindringlicher Warnungen von Antifaschist*innen, Journalist*innen, einigen Politiker*innen und auch von Shlomo Lewin wurde die Gefahr, die von der WSG ausgeht, seitens der staatlichen Behörden nicht ernst genommen. Insbesondere die bayrische CSU-Regierung unter Franz-Josef Strauß verharmloste die Aktivitäten der WSG fortlaufend. Erst im Januar 1980 kam es zu einem Verbot der Organisation durch das Bundesinnenministerium. Das konnte aber weder das Oktoberfestattentat noch das Attentat auf Frida Poeschke und Shlomo Lewin verhindern.



Auch in der Aufarbeitung versagten die staatlichen Behörden. Eine Reihe von „Ermittlungsspannen“, ein frühes Ausschließen rechten Terrors und die Verdächtigung des persönlichen Umfelds der Opfer prägten die Ermittlungen. Dieser Umgang spiegelt sich auch in der medialen Berichterstattung im Nachgang der Tat wider. Nicht nur waren Zeitungsberichte oft von diffamierenden Spekulationen über die Opfer bestimmt, sondern die Tat wurde über die Jahre zudem immer weiter entpolitisiert. Zur Entpolitisierung beigetragen haben dürfte auch der Prozess gegen Karl-Heinz Hoffmann 1984, in dem er unter anderem wegen Beihilfe zum Mord an Lewin und Poeschke angeklagt war. Darin spielte eine mögliche antisemitische Tatmotivation keine Rolle und das Gericht folgte weitgehend Hoffmanns Selbstdarstellungen. Letzt-

lich wurde niemand für die Tat verurteilt.

Gegen selektives Erinnern

Nachdem der antisemitische Doppelmord in Erlangen aus der öffentlichen Erinnerung lange Jahre verschwunden war, wurde 2010 eine Erlanger Freizeitfläche in „Lewin-Poeschke-Anlage“ umbenannt, um einen Gedenkort zu schaffen. Jedoch fehlte jeglicher Hinweis darauf, wer die Personen waren und dass sie ermordet wurden. Zwar wurde ersteres durch das Anbringen einer Informationstafel behoben, allerdings fehlt bis heute eine sichtbare Einordnung als antisemitischer und rechtsterroristischer Anschlag. Das gilt auch für eine weitere, 2015 angebrachte Gedenktafel. Gegen ein solches selektives Erinnern veranstalten

seit etwa zehn Jahren verschiedene antifaschistische Gruppen aus Erlangen zum 19. Dezember ein öffentliches Gedenken in der Erlanger Innenstadt. An ihre Arbeit schließen wir an und wollen auf diese Weise Shlomo Lewin und Frida Poeschke erinnern. Im Gegensatz zu vielen anderen Gedenkbündnissen können wir nicht für uns beanspruchen eine genuine Opferperspektive zu vertreten. Dies liegt insbesondere daran, dass der Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke bereits vor 40 Jahren geschah. Wir versuchen also eine lange in Vergessenheit geratene antisemitische Tat zu erinnern, die wir selbst nicht erlebt haben und deren Opfer wir nicht persönlich kannten. Indem wir im öffentlichen Gedenken den politischen Charakter ihrer Ermordung verdeutlichen und die Verhältnisse kritisieren, in denen sie zu Opfern gemacht werden konnten, betonen wir dennoch unsere Solidarität mit Shlomo Lewin und Frida Poeschke.

Seit unserer Gründung haben wir, neben einigen öffentlichen Vorträgen zur Aufklärung über den Doppelmord, vor allem viel in Archiven recherchiert und mit Expert*innen gesprochen, um uns ein Bild von dem Komplex um das Attentat zu machen. Dazu zählen wir die rechten Strukturen, also konkrete Täter*innen und Unterstützer*innen samt ihrer Vernetzung, staatliche Strukturen in ihrer Rolle für die Interpretation und Aufklärung der Tat, ebenso wie den medialen Diskurs und die Reaktion der Öffentlichkeit samt

des Gedenkens. In Abgrenzung vom offiziellen Gedenken, in dem rechte Taten tendenziell entpolitisiert werden, möchten wir eine kritische Gegenzählung anbieten, in der vergessene und ausgeblendete Aspekte im Mittelpunkt stehen. Deshalb arbeiten wir derzeit zum Beispiel daran, Kontakt zu Zeitzeug*innen und Angehörigen herzustellen, um ihre Perspektiven in das Gedenken einzubringen und kooperieren immer wieder mit der jüdischen Gemeinde Erlangen. Letztlich geht es uns darum, den Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke in die Geschichte rechten Terrors einzuordnen und in Beziehung mit den gegenwärtigen Verhältnissen zu setzen. Das bedeutet Kontinuitäten rechten Terrors und deutschen Gedenkens zu identifizieren und immer die Frage zu stellen, was die Vergangenheit und die Gegenwart miteinander zu tun haben. Ein Teil davon ist für uns immer auch, kritisches antifaschistisches Gedenken als Selbstverunsicherung zu verstehen und unsere eigene Position samt möglicher blinder Flecken zu reflektieren. Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig, uns mit anderen Initiativen zu vernetzen, die zu rechtem Terror arbeiten. Wir sind überzeugt, dass Rassismus und Antisemitismus stets zusammengedacht und gemeinsam bekämpft werden müssen.

www.kritisches-gedenken.de
kontakt@kritischesgedenken.de

„Von Rassismus wurde damals nie gesprochen“

Die Initiative Duisburg 26. August 1984

Am 26. August 1984 wird aus rassistischen Motiven ein Haus in Duisburg-Wanheimerort in Brand gesetzt. Sieben Menschen sterben. Erst mehr als 30 Jahre später entsteht ein öffentliches Gedenken.

Bei Recherchen zur Geschichte der Selbstorganisation von Migrant*innen im Ruhrgebiet in den Archiven des DOMiD in Köln (Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland) stießen wir eher zufällig auf beunruhigende Berichte in der Lokalpresse. Bei einem Brand im Wanheimerort in Duisburg im Sommer 1984 sterben sieben Angehörige der Familie Satır. Weiter heißt es dort, dass sich die beiden Schwestern Rukiye und Aynur nur durch einen Sprung aus dem zweiten Obergeschoss schwer verletzt



Familie Satır vor dem Brandanschlag

retten konnten. Ihr Vater Ramazan war zum Zeitpunkt des Brandes außer Haus und konnte nur hilflos zusehen, wie dieses abbrannte.

Kein Gedenken an die Opfer

Weitere Recherchen bringen eine Vielzahl von Artikeln zu Tage. Die Berichterstattung nach dem Brand war widersprüchlich. Während die Polizei schon am ersten Tag von einem Kabelbrand spricht – sie wartet den Bericht eines Sachverständigen erst gar nicht ab – finden sich in anderen Quellen Hinweise auf Schmierereien, ein Hakenkreuz an der Eingangstüre des Wohnhauses in der Wanheimer Straße 301. Als der Bericht des Sachverständigen keinen Zweifel an dem Tatbestand der Brandstiftung lässt, wird ein politisches Motiv von Politik und Behörden jedoch kategorisch ausgeschlossen. Der/Die Täter*in kann nicht ausfindig gemacht werden. Von Rassismus wird nicht gesprochen. Nur zwei Monate später wird nicht mal mehr von Brand-



stiftung, sondern lediglich von einem Großbrand gesprochen. Die Entpolitisierung setzt sich fort. Der Vorfall gerät in Vergessenheit. Es gibt kein Gedenken. Niemand kennt die Namen der Opfer.

Es sind Döndü Satır (40 Jahre), Zeliha Turhan (18 Jahre), Rasim Turhan (18 Jahre), Songül Satır (4 Jahre), Ümit Satır (5 Jahre), Çiğdem Satır (7 Jahre) und Tarık Turhan (50 Tage), die ihr Leben bei dem Brand verlieren.

Warum ihre Angehörigen sterben mussten, erfahren die überlebenden Angehörigen nicht. Die Situation ist schwer. Remziye, die ältere Schwester von Rukiye und Aynur, ist selbst erst 19 Jahre alt und hat ein 40 Tage altes Baby. Sie und ihr Mann Suat

Akkuş leben zum Zeitpunkt des Brandanschlags nicht mehr in Duisburg. Nun kümmern sie sich gemeinsam mit dem Vater um die Überlebenden. Sie bleiben fast zehn Jahre im Ungewissen. Erst als 1993 eine Duisburgerin in Zusammenhang mit einem Brand in einem Geflüchtetenwohnheim festgenommen wird und ein freiwilliges Geständnis ablegt, in dem sie auch den Brandanschlag in der Wanheimer Straße 301 zugibt, wird der Fall erneut aufgerollt. Die Angehörigen der Opfer erinnern sich: „Von Rassismus wurde damals nie gesprochen.“ Und weiter: „Wir haben an Ausländerfeindlichkeit (tr: yabancı düşmanlığı) damals gedacht, schließlich wurden wir schon in der Schule und Nachbarschaft ständig unter anderem als „Kümmeltürken“ bezeichnet.“



Die Betroffenen und Hinterbliebenen des Brandanschlags von 1984. Familie Satır und die Initiative Duisburg 1984. Duisburg, Januar 2020

Die tödliche Logik des Rassismus

Damit waren sie nicht alleine. Seit Anfang der 1980er Jahre schlug das gesellschaftliche Klima auf einen eindeutigen Anti-Migrationskurs um. Nationale Abschottung und Rückführungspolitik von Migrant*innen waren die Schlagworte der Bonner Republik unter Helmut Kohl. In diesem Klima finden zwei Brandanschläge auf eindeutig als migrantisch identifizierbare Wohnhäuser statt. Es sterben sieben Menschen und unzählige werden verletzt, aber die Behörden kommen nicht auf die Idee, Rassismus als Tatmotiv zu untersuchen. Nein, es passiert etwas ganz anderes. Die Täterin wird per forensischem Gutachten verurteilt. Als Pyromanin wird sie in die Psychiatrie eingewiesen. Wenn wir uns weiterhin vor Augen halten, dass die ermittelnden Behörden 1991 einen jugoslawischen Bewohner des Hauses für neun Monate in Untersuchungshaft steckten – neun Monate ohne Grund – dann muss man von einer Logik sprechen. Es ist eine Logik, die traurig aktuell ist. Diese Logik verbindet die Tat von Hanau mit den Morden des NSU und den Brandanschlägen in Duisburg. Zu diesem Muster gehört die Reaktion von Behörden und Medien, die in Hanau wie auch in Duisburg von einer Tat aus dem „kriminellen Milieu“ sprechen und damit Migrant*innen meinen. Osman Taşköprü – der Bruder von Süleyman, der 2001 vom NSU umgebracht wurde – berichtet davon, wie die Polizei jahrelang gegen ihn und seine Familie ermittelte. Auch bei

dem Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße wurde zuerst eine Tat im „kriminellen Milieu“ vermutet. Diese Täter-Opfer-Umkehr wurde auch in Duisburg wirksam. Hier ging diese Logik auf, der Fall wurde vergessen. Wenn man weiß, was in Duisburg passiert ist, dann muss man annehmen, dass es ein riesiges Dunkelfeld rassistischer Gewalt gibt und dass die tödliche Logik des Rassismus weiter besteht. Man muss aber auch sehen, dass es heute nicht mehr so leicht ist, von Rassismus als Motiv zu schweigen. Das hat etwas mit den zahlreichen Initiativen zu tun, die unermüdlich auf Rassismus aufmerksam machen.

Die Geschichte von Migrant*innen neu schreiben

Als im Januar 2019 das erste gemeinsame Treffen der Initiative in Duisburg stattfand, haben Remziye, Eylem, Rukiye und Aynur beschlossen, nach 35 Jahren des Vergessen-Machens ihre Stimme zu erheben. Diesen Akt muss man als Akt der Solidarität begreifen. In einer Zeit, in der ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands um die eigene Unversehrtheit bangen muss, weil es Täter*innen gibt, die sich getragen von einer rassistischen Grundstimmung zu legitimen Vollstrecker*innen einer völkischen Ideologie von Blut und Boden imaginieren, wollen sie nicht mehr schweigen. Wir wissen: es gibt den NSU 2.0, die Verstrickungen des Verfassungsschutzmitarbeiters Andreas



Erstes offizielles Gedenken nach 35 Jahren und bundesweite Vernetzung mit anderen Betroffenen rassistischer Gewalt sowie antirassistischen Initiativen. Duisburg, 31.8.2019

Temme in das Umfeld der Mörder von Halit Yozgat und Walter Lübcke oder die kürzlich aufgefliegenen Rechtsextremen in der Eliteeinheit KSK der Bundeswehr. Umso mutiger erscheint es uns, dass Rukiye, Remziye, Eylem und Aynur sich jetzt zu Wort melden und aus ihrer Perspektive sprechen, sei es auf der „Haymat-Konferenz“ im April 2019, im Vorfeld der bundesweiten #Unteilbar-Demo in Dresden im August 2019 oder bei den Gedenkveranstaltungen in Mölln, zum Gedenken an Ramazan Avcı, aber auch in Lübeck und Hanau. Die Perspektive von Betroffenen rassistischer Gewalt muss in das Narrativ über Almanya eingehen. Es muss neu geschrieben werden, weil die namenlosen Opfer des Rassismus heute wie auch damals in der Gesellschaft und an den Grenzregimen uns dazu verpflichten. Das ist möglich durch generationenlange Kämpfe von Migrant*innen in Almanya und solidarischen Genoss*innen. Wir sind an dem Punkt angelangt,

von dem aus wir die Geschichte von Migrant*innen neu schreiben können. Die Kämpfe von damals haben das Terrain für unsere heutigen Kämpfe aufgebaut, aber die Kämpfe von heute sind auch der gegenwärtige Ausgangspunkt für die Wiederaneignung der Erinnerung an damals! Wir aber klagen hiermit heute und hier an! Dies ist unsere Anklage!

Unsere Anklage ist auch eine Forderung nach Bürgerrechten. Migrantisches Leben hat ein Recht zu existieren, und wir schließen uns in aller Deutlichkeit dem an, was Ibrahim Arslan in seinem Brief vom 14. Juni 2019 an die Familie gesagt hat: „Wir werden immer von einem rassistischen Motiv ausgehen, wenn migrantisches Leben ausgelöscht wird, bis uns das Gegenteil bewiesen wird - und nicht andersrum.“

Alexander Bauer für die Initiative

www.inidu84.de
inidu84@riseup.net

Geteiltes Leid ist halbes Leid

Gedenken an Ramazan Avcı und Mehmet Kaymakçı

Im Juli 1985 wurde Mehmet Kaymakçı von Neonazis ermordet, im Dezember 1985 starb Ramazan Avcı durch die brutale Gewalt von Neonazis. Lange waren die Taten vergessen. Seit 2010 findet die jährliche Kundgebung am 21. Dezember im Gedenken an Ramazan Avcı statt. Zum 35. Jahrestag wurde nun an Mehmet Kaymakçı erinnert.

In den Erinnerungsvermögen der jüngeren Generationen kommen die rassistischen Morde in den 70er, 80er und 90er Jahren kaum vor. Zu viele rassistische Morde wurden lange Zeit vergessen, verdrängt und die Hinterbliebenen mit ihre Schmerzen – auch von uns Migrant_innen – allein gelassen worden. Bereits Anfang der 1990er stellte das „Volkshaus der Türkei in Hamburg e.V.“ die Forderungen nach einer „Ramazan-Avcı-Straße (gegen rassistische Gewalt), einem Semra-Ertan-Platz (gegen alltäglichen Rassismus) und einem Kemal-Altun-Platz (gegen Missachtung des Asylrechts)“. Als etwa 50 Aktivist*innen aus dem Volkshausumfeld eine Kundgebung (vermutlich im Dezember 1991) auf dem heutigen Ra-

mazan-Avcı-Platz abhielten, waren die Angehörigen des Opfers nicht dabei. Wären die Forderungen schon damals in Absprache und Zusammenarbeit mit den Familienangehörigen gestellt worden, wäre die Straßenumbenennung zu Ramazan-Avcı-Platz vermutlich schon früher geschehen. Was von den Forderungen aus dem Umfeld des Volkshauses übrig blieb, sind Fotos von der Kundgebung und ein Flyer, in dem die Forderungen aufgelistet sind.

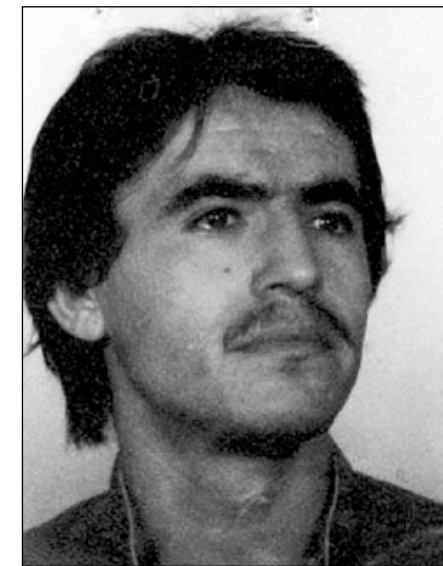
Es gibt eine lange Tradition rassistischer Morde in Hamburg. In der Nacht vom 21. auf den 22. August 1980 verübten Mitglieder einer terroristischen Neonazigruppe in der Hamburger Halskestraße einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim. Nguyễn Ngoc Châu und Đỗ Anh Lân starben an den Brandverletzungen. Am 22. Juni 1982 wurde in Norderstedt der 26-jährige Tevfik Gürel von Neonazis erschlagen. Am 26. Mai 1982 verbrannte sich Semra Ertan aus Protest gegen die rassistischen Zustände in St. Pauli. Adrian Maleika wurde von rechten HSV Fans attackiert und starb am 17. Oktober 1982 im Krankenhaus. Am 21. Dezember 1985 wurde Ramazan Avcı inmitten einer belebten Straße von Nazis brutal attackiert und starb drei Tage später im Krankenhaus. Wenige Monate davor wurde am 24. Juli 1985 der 29-jährige Mehmet Kaymakçı in Hamburg-Langhorn von drei Nazis auf brutalste Weise ermordet.

Ramazan Avcı wurde am 21. Dezember 1985 zusammen mit seinem

Bruder und einem Freund am Bahnhof Landwehr aus einer bekannten Neonazikneipe „Landwehr“ heraus angegriffen. Sein Bruder und ein Freund konnten in einen Linienbus fliehen. Ramazan Avcı rannte in Panik auf die Fahrbahn, wurde von einem Auto erfasst und durch die Luft geschleudert. Nachdem er auf der Straße aufschlug, liefen die Nazis auf ihn zu. Er wurde auf dem Boden liegend mit Baseballschlägern, Axtknüppeln und Fußtritten brutal malträtiert und verstarb am 24. Dezember 1985 an den Folgen dieser Schläge im Krankenhaus. Eine der Mörder, Rene Wulf, ist der Bruder der schon zu der Zeit bekannten Nazigröße Thomas Wulf. Im Juni 1986 beginnt vor der Jugendkammer des Landesgerichts Hamburg der Prozess gegen fünf Täter. Obwohl die Mörder von Ramazan Avcı aus dem Umfeld der neonazistischen FAP stammten, wollte der Richter kein politisches Motiv sehen. Als strafmildern wertet das Gericht, dass die Angeklagten Ramazan Avcı nicht töten wollten, sondern seinen Tod „nur billigend in Kauf“ nahmen. Die Mörder von Ramazan Avcı kamen mit milden Strafen davon. Während der Urteilsverkündung rufen Zuschauer*innen im Gerichtssaal: „Justiz und Polizisten schützen die Faschisten!“

Gedenken an Ramazan Avcı

Die Initiative zum Gedenken an Ramazan Avcı wurde Ende November 2010 als migrantischer Zusammenhang gegründet. Am ersten Treffen



Ramazan Avcı

nahmen ca. 20 Menschen teil. Danach suchten wir die Familienangehörigen über die türkischsprachige Presse. So kam es, dass am zweiten Treffen Gülüstan Avcı, der Sohn Ramazan Avcı und der jüngere Bruder Süleyman Avcı teilnahmen. So wurde die Initiative zusammen mit den Familienangehörigen gegründet. Seitdem findet die jährliche Gedennkundgebung immer am 21. Dezember statt.

Die ursprüngliche Forderung, die wir mit den Familienangehörigen formulierten – die Straße, wo Ramazan Avcı von Nazis attackiert wurde, in Ramazan-Avcı-Straße umzubenennen, haben wir bei einer gemeinsamen Ortsbegehung mit Bezirkspolitikern der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

„auf Eis gelegt“. Bei der Ortsbegehung hatten einige Bezirkspolitiker darauf hingewiesen, dass die Straßenumbenennung lange dauern würde. Daraufhin sagte Gülüstan Avcı: „Mir reicht es, wenn ich hier ein Stelle habe, wo ich meine Blumen hinlegen kann“. Daraufhin forderten wir, dass zwei Haltestellen in der Nähe des Tatorts und eine Gedenktafel am Vorplatz in Landwehr nach Ramazan Avcı umbenannt werden sollte. So wurde am 21. Dezember 2012 wurden die Gedenktafel eingeweiht und die beiden Haltestellen in Landwehr in Ramazan-Avcı-Platz umbenannt. Im Laufe der Zeit ist die Initiative kleiner geworden, die Kontinuität des Erinnerns setzen wir bis heute fort.

Bei den jährlichen Kundgebungen – auch mit Beteiligung der Familienangehörigen aus anderen Städten – stehen die Beiträge der Familienangehörigen im Vordergrund. Nach der Begrüßung spricht Gülüstan ihre Trauer aus, bedankt sich für die Anteilnahme. Am 21. Dezember 2017, zum 32. Jahrestag, sagte Gülüstan Avcı:

„Könnt ihr euch vorstellen, ich wünsche mir, dass dieser Monat nicht kommt, weil dieser Monat sehr schmerzhaft für mich ist, aber was kann man tun? Ich möchte nur so viel sagen, dass ich sehr leide. Ich kann nichts vergessen, weil alles vor meinen Augen ist. Ich werde es nicht vergessen, ich werde es nicht vergessen lassen. Ein Ramazan Avcı wurde getötet, ein anderer Ramazan Avcı kam auf die

Welt. Die Nazis dachten, wir haben einen Ramazan Avcı getötet, einen anderen Ramazan Avcı wird es nicht geben.‘ Dann kam mein Sohn auf die Welt, der den Namen seines Vaters trägt (...).“

In der Regel sprechen nach Gülüstan weitere Familiengehörige, die Nichte von Ramazan Avcı, Serpil Sezen, die für die Kundgebung aus der Türkei kommt. Sie bedankt sich für die „Solidarität und Eure Bemühungen für die Benennung des Platzes nach meinem Onkel. Es macht zwar den Schmerz nicht weg, hat uns aber Trost gespendet. Ihr habt es möglich gemacht, dass sein Name und die Erinnerung an ihm wachgehalten wird.“

Nach den Familienangehörigen von Ramazan Avcı melden sich weitere Angehörige zu Wort. Wie so oft in der Vergangenheit richtet Faruk Arslan in erster Linie an die Familienangehörigen, zum 32. Jahrestag sagte er:

„Ich bin nicht nur für Familie Arslan da, ich bin hier für all die anderen Familienangehörigen. Denkt nicht, dass ihr allein seid. Wir werden immer, wo ihr uns braucht, bei euch sein. Es heißt nicht Familie Arslan, es heißt miteinander. Mit miteinander meine ich: Wir sind als Familien hier und werden als Familie mit Ramazan Avcı immer da sein. Eure Schmerzen sind unsere Schmerzen. Wir teilen die Schmerzen der Familie Taşköprü, Familie Bektaş, Familie Ertan und Schmerzen der an-

deren Familien. Das Jahr der Schmerzen hört ja nie auf. Um die Schmerzen zu lindern, müssen wir uns gegenseitig Kraft gegeben. Und die Kraft sehe ich hier... Lasst uns den Weg gemeinsam gehen.“

Bei den Kundgebungen kommen hin und wieder auch die lokalen Initiativen zu Wort. Meistens aus aktuellen Anlässen, die in Verbindung mit rassistischen Hetzen oder Anschlägen in Verbindung stehen. Nach der Gedenkminute und dem Blumenlegen bedankt sich die Familie Avcı für die Teilnahme

der Anwesenden. So in etwa läuft die jährliche Gedenkveranstaltung immer am 21. Dezember.

Gedenken an Mehmet Kaymakçı

Mehmet Kaymakçı wurde am 10. Oktober 1956 in Haymana/Türkei geboren. Der gelernte Maurer kam Anfang 80er Jahre nach Hamburg und war mit einer deutschen Staatsangehörigen verheiratet. Er wurde nur 29 Jahre alt. Lange Zeit war auch der ras-



Gülüstan Avcı mit ihrem Sohn Ramazan Avcı

sistische Mord an Mehmet Kaymakçı vergessen. Im Rahmen der jährlichen Gedenkveranstaltungen am Ramazan-Avcı-Platz haben wir an Mehmet Kaymakçı erinnert, aber für eine Gedenkveranstaltung am Tatort, in der Straße Hohe Liedt, fehlten die Familienangehörigen von Mehmet Kaymakçı. Das hat sich nach einem Beschluss der Bezirksversammlung Hamburg Nord geändert. Die Bezirksversammlung hat am 17. Januar 2019 interfraktionell beschlossen, eine Gedenktafel am Tatort zu errichten und dafür 5.000 Euro zur Verfügung gestellt. Momentan befinden wir uns in der Planung zusammen mit Bezirksamtsleiter Hamburg Nord. Nächstes Jahr wird der Plan, die Einweihung der Gedenktafel für Mehmet Kaymakçı, am Rand des Kiwittsmoorparks in der Straße Hohe Liedt, zusammen mit den Familienangehörigen



Mehmet Kaymakçı

gen verwirklicht. Auch in dieser Angelegenheit sind für uns die Familienangehörigen aus der Türkei und Holland der Orientierungspunkt. Alle Schritte, die wir als Initiative machen, machen wir in Absprachen mit den Familienangehörigen.

Was geschah an dem Tag des rassistischen Verbrechens?

Es fing mit rassistischen Herabsetzungen und Beleidigungen durch die drei Neonazis an und endete in einem rassistischen Mord. Mehmet Kaymakçı besuchte am 24. Juli 1985 eine Kneipe in Langehorn. In der Kneipe traf er auf drei Neonazis. Laut Polizeibericht stritten sich die drei Neonazis mit Mehmet Kaymakçı über Ausländerpolitik. Als Mehmet Kaymakçı sich auf seinem Weg nach Hause machte, folgten drei Neonazis ihn. Die Nazis fielen in Morgenrauen an der Straße Hohe Liedt über ihn her, schlugen und traten auf ihn ein, bis zur Bewusstlosigkeit. Anschließend schleiften die Täter ihn hinter ein Gebüsch am Rand des Kiwittsmoorparks. Nach dem erfolglosen Versuch ihn zu erwürgen, schleppten die Täter einen 94 Kilo schweren Betonklotz herbei und zerschmetterten den Schädel von Mehmet Kaymakçı. Dabei werden die Täter aus der Nachbarschaft beobachtet und ein Radfahrer findet seine Leiche. Kurze Zeit später nahm die Polizei den Täter Frank-Uwe P. fest. An seinen Schuhen klebte noch das Blut seines Opfers.

In Polizeiverhören gestand der Täter Frank-Uwe P: „Ja, wir waren es“. Er habe gemeinsam mit Mario B. und Bernd M. Mehmet Kaymakçı umgebracht. Im März 1986 begann der Prozess gegen drei Täter. Die Anklage lautete auf Körperverletzung mit Todesfolge und Mordversuch. Die Täter gestanden im Gerichtssaal und brüsteten sich mit dem Bekenntnis zu ihre Tat: „Wir wollten den Türken fertigmachen.“ Trotzdem wurde der rassistische Mord an Mehmet Kaymakçı von dem Richter als Wirtshausschlägerei eingestuft. Die Angeklagten sahen sich vor Gericht als Opfer, rechtfertigten ihre Tat mit dem Hinweis, dass sie Angst vor türkischen Jugendgangs hätten. Das Hamburger Landgericht verurteilte zwei der Täter zu acht und einen zu sieben Jahren Haft nach dem Jugendstrafrecht. Von einem gemeinschaftlich begangenen heimtückischen rassistischen Mord war im Urteil nicht die Rede. Der Richter ignorierte die Verbindung der Angeklagten zu Nazigruppen und Neonazikadern.

Nach dem Urteil wird der Mordfall vergessen. In der deutschsprachigen Presse finden wir kleine notizhafte Berichte über den Mordfall, aber kaum nennenswerte Reaktionen aus der Hamburger Gesellschaft auf den rassistisch motivierten brutalen Mord der Nazis.

Erste Gedenkveranstaltung nach 35 Jahren

Nach dem wir informiert wurden, dass die Bezirksversammlung Nord die Initiative für eine Gedenktafel im Gedenken an Mehmet Kaymakçı ergriffen hatte, haben wir als Initiative angefangen, die Familienangehörigen von Mehmet Kaymakçı zu suchen. Nach langwierigen Recherchen konnten wir Kontakt zu den Familienangehörigen knüpfen, die in der Türkei und Holland leben. So kam es dazu, dass wir zum 35. Jahrestag der Ermordung von Mehmet Kaymakçı eine Gedenkveranstaltung organisierten. Dieses Jahr standen wir als Initiative, zusammen mit Gülüsthan Avcı und Faruk Arslan als Stellvertreter für die Familienangehörigen von Mehmet Kaymakçı. Der ursprüngliche Plan, zusammen mit den Familienangehörigen aus der Türkei und Holland die Gedenktafel für Mehmet Kaymakçı einzuweihen, kam wegen der Corona-Pandemie nicht zustande. Nächstes Jahr werden wir die Gedenktafel mit den Familienangehörigen aus der Türkei und Holland zusammen einweihen.

Ein eigenes Forum

Zu viele Opfer von rassistischer Gewalt der 80er und 90er Jahre wurden lange Zeit vergessen und verdrängt. Das änderte sich in den letzten Jahren mit der Entstehung von Erinnerungs- und Gedenkinitiativen, die den Blick auf die zahlreichen rassistischen Nazimorde

vor und nach dem Mauerfall richten. Dadurch ist ein Bewusstsein darüber entstanden, wie wichtig es ist, an die rassistischen Mordopfer der 80er und 90er Jahren zu erinnern und eine Erinnerungs- und Gedenkkultur zu etablieren, die in erster Linie den Bedürfnissen der Familienangehörigen entspricht. Als Initiative setzen uns dafür ein, dass rassistische Morde, die Spitze des Eisbergs sozusagen, nicht vergessen wird. So drängen sich die Geschichten der Opfer rassistischer Gewalt und das jahrelange Leiden und Trauma der Familienangehörigen in die Gegenwart hinein und prägen die Gedenk- und Erinnerungskultur in Deutschland mit.

Mit jährlichen Gedenkkundgebungen haben die Familienangehörigen ihr eigenes Forum geschaffen. Nach dem Prinzip „Geteiltes Leid ist halbes Leid“ ist möglich geworden, dass die Familienangehörigen sich schrittweise aus ihren langjährigen Traumata lösen und gemeinsam mit anderen Betroffenen Familienangehörigen ihren Kampf gegen das Vergessen und gegen mörderischen Rassismus führen. Die Gedenkveranstaltungen an Ramazan Avcı spiegeln die Selbstorganisation der Angehörigen, Überlebenden

und Betroffenen von rassistischer Gewalt wider. Daran knüpft die Initiative an, indem die Stimmen und Worte der Angehörigen, ihre Anliegen und Forderungen im Mittelpunkt stehen. In diesem Sinne waren bisher viele Familienangehörige und Gedenkinitiativen aus Norddeutschland und andere Städten seit 2010 bei jährlichen Gedenkkundgebungen beteiligt. Redebeiträge und Grußworte von Familienangehörigen aus der Türkei, Lübeck, Hamburg, Berlin, Duisburg, Kassel, Jena, München, Köln, Stade, Magdeburg machten uns traurig und wütend, aber auch kämpferisch.

„Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben“, sagte Primo Levi, Überlebender von Auschwitz.

Im Sinne, dass wir unsere Geschichte selber bestimmen und selber erzählen, werden wir zum 36. Jahrestag der Ermordung von Ramazan wieder zusammen kommen.

Gürsel Yildirim
von der Initiative zu Gedenken an Ramazan Avcı

„Ich war sehr alleine“

Vor 34 Jahren wurde Gülüstan Avcı Verlobter Ramazan von rechten Skins brutal ermordet. Ein Gespräch über Erinnerung und Gerechtigkeit.

taz: Frau Avcı, wir sitzen hier nur wenige Meter von dem Ort entfernt, an dem eine Gedenktafel an Verlobten erinnert. Was bedeutet Ihnen dieser Ort?

Gülüstan Avcı: In diesem Jahr konnte ich nicht so oft kommen, weil ich operiert wurde. Aber normalerweise bin ich regelmäßig hier und setze mich auf die Bank neben der Tafel. Und manchmal rede ich dann mit Ramazan.

Wie erinnern Sie sich an ihn?

Ich habe viele Erinnerungen, wenn ich die alle erzählen würde, käme ein Roman dabei heraus. Er war ein guter Mensch, hatte viele gute Eigenschaften. Er war gerade erst 26 Jahre alt geworden, aber für sein Alter war er Frauen gegenüber schon ein richtiger Gentleman.

Sprechen Sie darüber auch mit Ihrem gemeinsamen Sohn?

Natürlich. Ich war im sechsten Monat schwanger und hatte so starke Zahnschmerzen, dass wir in die Notklinik nach Eppendorf fahren mussten. Aber wir waren zu der Zeit nicht so flüssig und konnten uns kein Taxi leisten. Wir mussten mit dem Bus fahren und

der stand schon an der Haltestelle. Ich konnte aber nicht dahin laufen, weil ich halt schwanger war. Und Ramazan ist dann schnell dahin gelaufen und hat den Busfahrer gebeten, auf mich zu warten. Das hat der dann auch gemacht. Das habe ich neulich zum Beispiel meinem Sohn erzählt. Und er hört immer interessiert zu, wenn ich von seinem Vater erzähle, den er ja nie kennengelernt hat.

Wann haben Sie Ihrem Sohn erzählt, was mit seinem Vater geschehen ist?

Als er ungefähr acht Jahre alt war, wurde ihm in der Schule gesagt, alle Eltern sollten zum Elternabend kommen, Vater und Mutter. Als er nach Hause kam, hat er mich gefragt, warum sein Papa gestorben ist. Da habe ich es ihm erzählt.

IM INTERVIEW:

GÜLÜSTAN AVCI

57, konnte den Namen ihres 1985 ermordeten Verlobten Ramazan Avcı nicht mehr annehmen, möchte aber Avcı genannt werden.

Sie lebt in Hamburg.

Das Gespräch wurde von einem Freund von der Initiative zum Gedenken an Ramazan Avcı übersetzt.

Haben Sie da schon über die Hintergründe der Tat gesprochen?

Nein, ich habe immer versucht, ihn davon fernzuhalten. Er hat immer ein bisschen mitbekommen, wenn ich mit seinen Onkeln darüber gesprochen habe. Aber die Hintergründe habe ich ihm erst erzählt, als er 13 oder 14 Jahre alt war. Da meinte ich, dass er vom Alter her soweit ist, das zu verstehen, und habe ihm alles ausführlich erzählt.

Wie hat die Ermordung Ihres Verlobten Ihr Leben verändert?

Ich hatte ja zuvor in Heidelberg gelebt, war gerade ein Jahr in Hamburg. Als ich hier ankam, habe ich sofort Ramazan kennengelernt und wir haben uns ineinander verliebt. Nach der Tat wollte ich eigentlich nicht hier bleiben. Darüber habe ich mit dem türkischen Generalkonsul in Hamburg gesprochen. Er sagte, ich solle hier bleiben, sonst würde ich denen einen Gefallen tun, die mich nicht hier haben wollen. Und dann bin ich geblieben. Das war aber keine leichte Entscheidung.

Denken Sie heute darüber nach, Deutschland zu verlassen?

Mein Sohn ist erwachsen und selbstständig, deshalb überlege ich schon. Vielleicht möchte ich mal ein paar Monate in die Türkei, aber so richtig wohl fühle ich mich dort auch nicht. Sie wissen ja, wie es da gerade aussieht. Vielleicht möchte ich auch zurück nach Heidelberg. Ein Teil meiner Familie lebt dort und ich mag die Stadt wirklich gerne, würde gerne dort leben. Ander-

seits kann ich Hamburg nicht einfach verlassen.

Warum nicht?

Ich komme mir komisch vor, wenn ich die ganzen Erinnerungen an die Dinge, die ich mit Ramazan hier in Hamburg erlebt habe, einfach hierlasse und wegziehe.

Nach dem Tod Ramazans gab es eine Solidaritätsdemo in Hamburg. Hat Ihnen das geholfen?

Ich hatte gerade das Kind auf die Welt gebracht und wurde ziemlich abgeschottet. Ich habe mich auch selbst abgeschottet, weil ich die Ereignisse gar nicht habe verarbeiten können. Ich habe das alles gar nicht mitbekommen und erst später gehört, dass so viele daran teilgenommen haben. Aber man muss auch sagen, dass danach die Solidarität abgebrochen ist.

Hatten Sie keine Unterstützung?

Ich habe das Kind ganz allein großgezogen. Bis zu seinem 18. Geburtstag hat der CDU-Politiker Wolfgang Kramer meinen Sohn monatlich mit 200 Euro unterstützt. Von der Stadt oder dem Staat hat sich niemand um uns gekümmert. Mein Sohn ist jetzt 33 Jahre alt und bis jetzt hat niemand von offizieller Seite auch nur einmal an unsere Tür geklopft. Wenn es die Initiative zum Gedenken an Ramazan nicht gäbe, wäre der Platz bis heute nicht nach ihm benannt.

VON RECHTEN SKINHEADS GETÖTET

Am 21. Dezember 1985 werden Ramazan Avci und zwei Begleiter, darunter Avcis Bruder, am S-Bahnhof Landwehr in Hamburg von rechten Skinheads angegriffen. Die Begleiter können fliehen. Avci wird mit Holzkeulen, Axtstielen und Gummiknüppel geschlagen und getreten. Er stirbt an Heiligabend im Krankenhaus.

Wenige Tage später bringt Avcis Verlobte den gemeinsamen Sohn zur Welt.

1986 werden vier Rechte wegen Totschlags zu Strafen zwischen drei und zehn Jahren, teilweise nach Jugendstrafrecht, verurteilt. Prozessbeobachter kritisierten, dass das rassistische Tatmotiv nicht ausreichend berücksichtigt wurde.

2012 wurde der Tatort Ramazan-Avci-Platz genannt.

Es hat dann aber noch einmal zwei Jahre gedauert, bis der Platz nach Ramazan benannt wurde.

Wegen der Bürokratie hat das sehr lange gedauert. Das hat mich stark belastet, weil ich einen Platz wollte, an dem ich trauern kann. Ich wollte diesen Platz, damit Ramazan auf diese Weise weiterlebt. Aber er ist ja schließlich umbenannt worden und das macht mich auf eine Art und Weise auch glücklich.

Waren Sie damals beim Prozess gegen die Täter im Gericht?

Nein, Ramazans Bruder, der an dem Tag auch angegriffen wurde, und sein älterer Bruder waren dort.

Wollten Sie nicht?

Ich habe die Mörder nie gesehen und ich wollte sie auch nicht sehen. Ich glaubte, mich ihnen gegenüber nicht im Zaum halten zu können und dass ich vielleicht überreagieren würde.

Haben Sie diese Gefühle noch?

Das muss ich mit Jein beantworten. Als mein Sohn Ramazan auf die Welt kam, ist dieses Gefühl von Wut weniger geworden. Aber in manchen Situationen kommt es hoch.

Finden Sie die Strafe für die Täter angemessen?

Ich habe gehört, dass sie nur Strafen von wenigen Jahren bekommen haben, und habe mich geärgert, dass sie nicht richtig büßen mussten.

Die Initiative wurde 2010 von Ihnen bis dahin Fremden gegründet. Wie war das für Sie?

Vorher war ich sehr alleine. Als die Initiative auftauchte, habe ich gefühlt, dass diese Menschen hinter mir stehen. Bis dahin habe ich mich immer zurückgehalten und bin nicht an die Öffentlichkeit gegangen. Durch sie habe ich Mut gefasst und mich an die Öffentlichkeit gewandt, damit diese Tat nicht in Vergessenheit gerät.

Was wäre gerecht gewesen?

Ich verstehe das einfach nicht. Für so eine brutale Tat, bei der einem Menschen der Kopf zertrümmert wurde, hätte ich härtere Strafen erwartet. In Deutschland wird oft darüber geredet, dass es in der Türkei wenige Menschenrechte gibt. Aber wenn Sie mich fragen, habe ich auch hier im Bezug auf Menschenrechte gelitten. Ich bin erst vor Kurzem wieder angegriffen worden, das weiß nur keiner, weil ich nicht bei der Polizei war.

Was ist passiert?

Meine Cousine und ich waren in Barmbek unterwegs und da kam ein Mann, der hat gesagt „Schieß Türken“ und hat mich angerempelt. Ich bin hingefallen, habe mir die Hand aufgeschlagen und hatte danach Rückenschmerzen.

Warum sind Sie nicht zur Polizei gegangen?

Ich war im Stress, weil ich in den Vorbereitungen für die Hochzeit meines Sohnes steckte. Ich habe mir von der Polizei auch nichts erhofft.

Ist das mangelnde Vertrauen in die Polizei Folge von dem Umgang mit den Tod Ihres Verlobten?

Genau das. Wenn Du Ausländer bist, kannst du nicht damit rechnen, dass so etwas verfolgt wird.

Wie erleben Sie das gesellschaftliche Klima derzeit?

Ich verfolge die Nachrichten, so gut es geht, und höre immer wieder, dass

Rechtsradikale im Bundestag sitzen. Wenn man wie ich so eine Tat erlebt hat und gerade ein Enkelkind bekommen hat, dann gehen einem da schon manchmal traurige Gedanken durch den Kopf.

Stehen Sie auch in Kontakt mit anderen Opfern von rechtsextremer Gewalt?

Mit fast allen. Familie Arslan aus Mölln ist regelmäßig hier. Und mit der Familie von Süleyman Ta köprü habe ich auch Kontakt. Und mit vielen anderen, die namentlich nicht so bekannt sind. Wir haben ein Netzwerk, das gibt mir Kraft. Und ich nehme bundesweit an Veranstaltungen gegen Rassismus teil.

Zum Jahrestag des Angriffs auf Ihren Verlobten wird es am 21. Dezember wieder eine Kundgebung am Ramadan-Avcı-Platz geben. Was wünschen Sie sich für diesen Tag?

Ich habe keine großen Erwartungen. Ich wünsche mir nur, dass die Menschen dort sind, Solidarität zeigen und hinter uns stehen, damit so etwas nicht noch einmal passiert. Damit wir ein normales Leben führen können, ohne Hass.

Das Interview führten
Marthe Ruddat und Andreas Speit

Mit freundlicher Genehmigung der
taz. Interview vom 20.12.2019

Weg vom Mythos der unvorhersehbaren Gewalt

Erinnerung an die Pogrome in Hoyerswerda

Nach den Angriffen auf die Wohnheime von Vertragsarbeiter*innen und Asylsuchenden im September 1991 und der Evakuierung fast aller Betroffenen galt Hoyerswerda als „ausländerfrei“. Bis heute kämpfen ehemalige Vertragsarbeiter*innen um damals einbehaltene Löhne und Abfindungen.

Vom 17. bis zum 23. September 1991 griffen im ostsächsischen Hoyerswerda Neonazis gemeinsam mit Anwohner*innen zwei Wohnheime von Vertragsarbeiter*innen und Asylsuchenden an. Bis zu 500 Menschen beteiligten sich an den pogromartigen Ausschreitungen, in deren Verlauf nahezu alle Betroffenen aus der Stadt evakuiert wurden, weil sich die Polizei nicht im Stande sah, ihren weiteren Schutz zu gewährleisten. In Bussen wurden die Angegriffenen unter dem Beifall von bis zu 1.000 Schaulustigen in einer Nacht- und Nebelaktion und teils gegen ihren Willen auf Wohnunterkünften in anderen sächsischen Orten verteilt - viele der Vertragsar-

beiter*innen direkt nach Mosambik ausgewiesen. Die Bilder der Ausschreitungen vom Herbst 1991 stehen bis heute symbolisch für die bundesweite rassistische Angriffswelle gegen Asylsuchende und Migrant*innen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung.

In den darauffolgenden Jahren galt Hoyerswerda als „ausländerfrei“. Eine rechtsradikale Jugendkultur bestimmte das gesellschaftliche Klima in der Stadt, Organisationsversuche in militanten Gruppierungen folgten, Neonaziangriffe waren Alltag. Im Februar 1993 wurde der 23-jährige Mike Zerna bei einem Überfall auf ein alternatives Konzert in Hoyerswerda umgebracht. Nach Zählungen der Amadeo-Antonio-Stiftung töteten Neonazis im Zeitraum von 1990 bis 2000 allein im Umkreis von 50 Kilometern mindestens fünf weitere Menschen: Timo Kählke (12. Dezember 1991 / Meuro), Waltraud Scheffler (24. Oktober 1992, Geierswalde), Mathias Scheydt (23. September 1997 / Cottbus), Georg Jürgen Uhl (27. September 1997 / Cottbus) und Bernd Schmidt (29. Januar 2000 / Weißwasser).

Als junge Antifaschist*innen aus der Region im Jahr 2011 damit begannen, sich für die Geschehnisse vom Herbst 1991 zu interessieren und eine fehlende Aufarbeitung seitens der Stadt öffentlich kritisierten, stießen sie auf heftige Ablehnung. Bis dato hatte es in Hoyerswerda keine anhaltende erinnerungspolitische Debatte um die

Angriffe gegeben. Stattdessen konnte sich vor Ort das Narrativ einer zu Unrecht von den Medien stigmatisierten Stadt durchsetzen, in der die Aufarbeitung der Ereignisse als abgeschlossen betrachtet oder vor dem Hintergrund aktueller Problemlagen im Zuge des demografischen Wandels als unwichtig erachtet wurde. Dies änderte sich erst, nachdem die neu entstandene „Initiative Pogrom 91“ zum 20. Jahrestag der Ausschreitungen eine Gedenkemonstration in der Stadt organisierte und in einem offenen Brief an den amtierenden Oberbürgermeister die Forderung nach einem dauerhaften Mahnmal in Erinnerung an den Herbst 1991 formulierte.

Infolge zahlreicher weiterer öffentlicher Aktionen der Initiative sowie anhaltender neonazistischer Umtriebe in Hoyerswerda, welche zum Teil bundesweite mediale Resonanz erfuhren, geriet die Stadt bezüglich ihrer Haltung zur eigenen Vergangenheit zunehmend unter Druck. 23 Jahre nach den Angriffen wurde im Jahr 2014



Ankunft der ersten Vertragsarbeiter aus Mosambik in Hoyerswerda im Jahr 1979, Foto: David Macou.

schließlich doch noch ein dauerhaftes Denkmal unweit eines der damaligen Tatorte in der Innenstadt aufgestellt. Der umgesetzte Entwurf mit dem Titel „Offene Tür – Offenes Tor“ besteht aus einem drei Meter hohen Steinrahmen, in den ein Regenbogen eingearbeitet ist. Er trägt die Inschrift „Herbst 1991 – Hoyerswerda vergisst nicht“. Die „Initiative Pogrom 91“, die ebenfalls zur Einweihung des Mahnmals eingeladen, aber an der Konzeption nicht beteiligt wurde, kritisierte sowohl die formale Gestaltung des Denkmals als auch den Umstand, dass lediglich über einen QR-Code abrufbare Polizeiberichte vom September 1991 Auskunft über seinen Anlass geben.

Digitales Gedenken

Die Enttäuschung über den fortgesetzten Unwillen und die Unfähigkeit die Ausschreitungen vor Ort adäquat aufzuarbeiten, führten in den nachfolgenden Jahren zur Konzeption des digitalen Erinnerungsortes www.hoyerswerda-1991.de, der von „Pogrom 91“ und der „autofocus Videowerkstatt“ aus Berlin realisiert wurde. Auf dieser Webplattform erhalten Interessierte die Möglichkeit, sich umfassend und aus verschiedenen Blickwinkeln über die Angriffe von 1991, ihre Vorgeschichte und ihre Auswirkungen bis in die Gegenwart zu informieren. In Videointerviews erhielten Betroffene und Zeitzeug*innen erstmals die Möglich-

keit, ihre Sicht auf die damaligen Ereignisse zu schildern und aus heutiger Perspektive zu reflektieren. Zahlreiche Originalquellen und Hintergrundtexte versuchen zudem die damaligen Geschehnisse zu kontextualisieren.

Während die mediale Berichterstattung und offizielle Gedenkveranstaltungen bis dahin fast ausschließlich auf die damaligen Täter*innen und die Stadt selbst fokussiert blieben, geriet die Perspektive der Betroffenen nahezu vollständig aus dem Blick. Dieser Umstand ist zum einen mit der Tatsache verknüpft, dass eine generelle Aufarbeitung der Migrationsgeschichte in der ehemaligen DDR bisher nur unzureichend stattgefunden hat. Zum anderen wurde es offensichtlich kaum für nötig erachtet, den Versuch zu unternehmen, Kontakt mit den damals Angegriffenen herzustellen.

Wie einschneidend die Ereignisse vom Herbst 1991 im Kontext der deutschen Wiedervereinigung für einige der Betroffenen tatsächlich waren, lässt sich beispielhaft an der Biografie von David Macou ablesen, der im Jahr 2019 im Zuge des Online-Projektes www.bruderland.de für einen Besuch nach Deutschland kommen konnte und auf diesem Weg auch zum ersten Mal nach Hoyerswerda zurückkehrte. Wie hunderte weitere junge Arbeitskräfte, die aus verschiedenen, meist ebenfalls sozialistisch geprägten, Ländern stammten, war auch er als 19-Jähriger in den 1970er-Jahren aus

Mosambik in die Region entsandt worden, um eine Ausbildung zu absolvieren und anschließend im Braunkohleabbau zu arbeiten. Insgesamt wurden etwa 20.000 Menschen aus Mosambik als Vertragsarbeiter*innen in der ehemaligen DDR beschäftigt. Ohne ihr Wissen wurden bis zu 60 Prozent ihrer Lohnzahlungen einbehalten, um die Staatsschulden Mosambiks gegenüber dem Gastland zu verrechnen. Ihnen wurde erzählt, das Geld würde ihnen bei ihrer Wiederankunft zur Verfügung stehen.

Als Macou im Nachgang der Ausschreitungen vom September 1991



David Macou vor dem städtischen Denkmal in Hoyerswerda im Jahr 2019, Foto: Julia Oelkers.

nach Mosambik zurückkehrte, weil er, auch auf Grund der damals geltenden rechtlichen Bestimmungen, keine Bleibeperspektive sah, hatte er bereits zwölf Jahre in Hoyerswerda gelebt und gearbeitet. Als Gruppenleiter versuchte er unter anderem die restriktiven Bestimmungen in den Wohnheimen der Vertragsarbeiter*innen in Hoyerswerda zu lockern, um den Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung zu erleichtern. Er setzte sich auch für die Angleichung seines Lohns gegenüber den Gehaltszahlungen seiner deutschen Kolleg*innen ein, wodurch er die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit auf sich zog. Rassistische Diskriminierung und Anfeindungen im Betrieb und auf der Straße gehörten für ihn schon vor der Wende ebenso zum Alltag, wie die Tatsache, dass er einen großen Teil seiner Jugend in der Region verbrachte, hier sozialisiert wurde und um eine gesellschaftliche Teilhabe für sich und seine Kolleg*innen kämpfte. Schon gegen Ende der 1980er-Jahre erlebte er einen deutlichen Anstieg rechter Gewalttaten sowie vorhergehende

rassistisch motivierte Ausschreitungen und Angriffe auf Wohnunterkünfte in der Stadt, die etwa am 1. Mai und am 3. Oktober 1990 stattfanden. Dennoch ist es für ihn bis heute unverständlich, warum sich so wenige Menschen während der Angriffe von 1991 mit den Bewohner*innen solidarisierten und sich einige seiner deutschen Arbeitskolleg*innen aktiv an ihnen beteiligten.

Versagen, das bis in die Gegenwart reicht

Obwohl das Bundesfinanzministerium zwischen 1990 und 1992 etwa 75 Millionen D-Mark als Entschädigungsleistungen für die ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter*innen zur Verfügung stellte, haben er und viele seiner ehemaligen Kolleg*innen in Mosambik bis heute keinen Cent ihrer einbehaltenen Lohnanteile und ausstehenden Abfindungszahlungen sowie etwaige Versicherungs- und Rentenansprüche erhalten. Stattdessen stan-



Im Jahr 2016 entstand mit der Webseite www.hoyerswerda-1991.de ein digitaler Erinnerungsort.

den sie nach ihrer Ausweisung oder freiwilligen Rückkehr vor dem Nichts und leben bis heute in großer Armut. Weil Macou und viele andere ehemalige Vertragsarbeiter*innen seitdem öffentlich für ihre Rechte kämpfen und regelmäßig in Maputo und anderen Städten demonstrieren, werden sie von der Regierung als Oppositionelle wahrgenommen und misstrauisch beäugt. Sie gelten als sogenannte „Madgermanes“ und konnten sich nicht mehr in die mosambikanische Gesellschaft integrieren. Trotz seiner Ausbildung und Arbeitserfahrung in Deutschland hat David Macou in Mosambik bis heute keine feste Arbeit mehr finden können.

Die exemplarischen Schilderungen und Berichte von David Macou und anderen Zeitzeug*innen werfen ein differenzierteres Licht auf die damaligen Vorgänge in Hoyerswerda. Sie zeugen sowohl von der langen Vorgeschichte und Spezifik des Migrationsgeschehens in der ehemaligen DDR, als auch von den sich verändernden gesellschaftlichen und politischen Zuständen im Osten zur Zeit der Wiedervereinigung. Sie kratzen am Mythos einer plötzlichen und unvorhersehbaren Gewalteskalation, die vermeintlich von außen über die Stadt hereinbrach. In ihnen spiegelt sich das individuelle Erleben des Geschehenen sowie der

höchst unterschiedliche biografische Kontext der Betroffenen. Nicht zuletzt im Umgang mit ihnen offenbart sich die Tragweite des damaligen staatlichen und gesellschaftlichen Versagens, dessen Schatten bis in die Gegenwart reicht.

Matthias Groß für das Onlineprojekt www.hoyerswerda-1991.de



Startseite der Online-Bildungsplattform www.hoyerswerda-1991.de

Engagement für mehr Gerechtigkeit

Ibrahim Arslan und sein Einsatz gegen Rassismus

Ibrahim Arslan war sieben, als beim Brandanschlag in Mölln seine Großmutter, seine Schwester und seine Cousine ermordet wurden. Heute ist er politischer Aktivist und erzählt seine Geschichte, um die Betroffenenperspektive zu stärken.

In der Nacht auf den 23. November 1992 warfen zwei Nazis Brandsätze in zwei Häuser in der Ratzeburger Straße und Mühlenstraße in Mölln, die von türkischen Familien bewohnt wurden. Im Haus in der Mühlenstraße starben drei Menschen –Yeliz Arslan (10), Ayşe Yılmaz (14) und Bahide Arslan (51). Neun Menschen wurden bei den Bränden schwer verletzt – unter ihnen der damals sieben Jahre alte Ibrahim Arslan. Er überlebte dank seiner Großmutter Bahide Arslan, die ihn in nasse Handtücher wickelte.

Als Überlebender des Mordanschlages, als Betroffener und Zeitzeuge engagiert sich Ibrahim Arslan als politischer Aktivist und erzählt seine Geschichte. Seit mehr als zehn Jahren ist er in Deutschland und Österreich unterwegs, um die Opferperspektive



zu stärken und für ihre Anerkennung zu kämpfen. Er ist u.a. in Schulen zu Gast, um über Rassismus zu reden und an die Opfer rassistischer Gewalt zu erinnern, und mahnt dabei an, die Namen der Opfer und ihre Geschichten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen – denn oftmals kennen wir eher die Namen der Täter als die der Opfer. Die Gesellschaft muss sich mit den Opfern solidarisieren und ihnen wirklich zuhören.

Vor allem ist ihm wichtig, mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, sie zu sensibilisieren und zu empowern. Er verweist auf die Kontinuität des Rassismus in unserer Gesellschaft – auf die rassistischen Anschläge nach der Wiedervereinigung Deutschlands: Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen haben traumatische Spuren bei den zugewanderten Menschen hinterlassen.

Sein Engagement hilft ihm dabei, das Trauma zu verarbeiten. Ihm ist ein selbstbestimmtes Gedenken wichtig (reclaim & remember). Er setzt sich da-

für ein, dass die Perspektive von Opfern rechter Gewalt mehr Berücksichtigung erhält. Die Opfer bzw. Betroffenen haben seiner Meinung nach wenig Mitspracherecht. Diese Erfahrung machten er und seine Familie selbst. Ihnen wurde nicht richtig zugehört, sie wurden verleumdet und sie wurden nicht ernst genommen mit ihren Sorgen und Ängsten. Er fordert eine Kommunikation auf Augenhöhe.

Der Stadt Mölln wirft er vor, dass das Gedenken eher eine Imagepolitik ist als ein echtes Gedenken. Die Familie Arslan wurde nicht wirklich an den Vorbereitungen für die Gedenkfeier beteiligt. Sie durfte z.B. nicht selbst die Redner*innen bestimmen. Deswegen organisiert Ibrahim mit seiner Familie seit 2012 die Möllner Rede im Exil – die letzte fand Ende 2019 in Frankfurt unter Polizeischutz statt. In seiner Rede sagte er, dass er sich eine andere, antirassistische und antifaschistische Zukunft wünsche.

Er unterstützt und ermutigt andere Betroffene rassistischer Gewalt, ihre Stimme zu erheben, sich zu wehren und, dass das Gedenken in ihrem Sinne gestaltet wird. Gemeinsam mit weiteren Bündnissen sowie Initiativen empowert er sie, für sich zu sprechen und sich auch gegen die Verharmlosung rassistischer Gewalt zu wehren, damit die von dieser Gewalt Betroffenen nicht vergessen werden. Er solidarisierte sich gemeinsam mit der Initiative DU 26. August 1984 mit den Familienangehörigen



des Brandanschlages in Duisburg-Wanheimerort, weil er den Schmerz kennt und ihn nachvollziehen kann. Er hilft anderen das Schweigen zu durchbrechen, stets unter dem Motto „Niemand vergessen, niemals verzeihen“.

Ebenso hat er sich beim NSU-Tribunal engagiert, das 2017 in Köln und 2018 in Mannheim stattfand. Er hat zusammen mit dem Fotografen Jasper Kettner den Fotoband „Die Angehörigen“ herausgebracht. Letztendlich erwartet er von der Gesellschaft, dass die Erfahrungen und das Wissen der zugewanderten Menschen in Bezug auf Rassismus ernst genommen werden. Dabei Verständnis, Respekt und Solidarität entgegenbringen und den Betroffenen zeigen, dass sie nicht allein sind. Der Rassismus in unserer Gesellschaft muss klar und deutlich benannt und bekämpft werden – so lange dies nicht geschieht, wird er sich weiterhin mit seiner Stimme einbringen.

Ali Şirin

Die Perspektive der Betroffenen

Initiative Hafenstrabe'96

*In den frühen Morgenstunden des 18. Januar 1996 brannte die Asylbewerber*innen-Unterkunft in der Hafenstrabe 52 in Lübeck. Sieben Kinder und drei Erwachsene kamen hierbei ums Leben. 39 Menschen wurden verletzt. Der Brand in Lübeck gilt als unaufgeklärter Brandanschlag mit der bisher höchsten Opferzahl – alles deutet darauf hin, dass die Täter*innen Neonazis waren. Auch in Lübeck wurde, ebenso wie bei den NSU-Morden oder in Solingen, zunächst ein Opfer beschuldigt. Bis heute wurden keine Täter*innen ermittelt. Auch 24 Jahre später bleibt der zehnfache Mord unaufgeklärt.*

Die Ereignisse um den 18. Januar 1996

Der Anruf von Françoise Makodila erreicht die Notrufzentrale um 03:41 Uhr. Ihre verzweifelten Schreie aus einem Sprachgemisch von Französisch, Lingala, einem afrikanischen Dialekt, und Deutsch werden von Geräuschen eines donnernden, prasselnden Feuers übertönt. „Hafenstrabe! Nazis! Mein Gott!“ kann sie noch rufen, dann stirbt

sie im zweiten Stock des Hauses. Auch ihre fünf Kinder ersticken im beißenden giftigen Rauch des Feuers. Der 17-jährige Rabia El Omari, Sohn libanesischer Geflüchteter, erstickt in seinem Zimmer im zweiten Stock. Das Erdgeschoss und das Treppenhaus stehen in Flammen, und so müssen mehrere Bewohner*innen über einen Sims auf das Dach des Hauses flüchten. Dabei stürzen Monica Bunga und ihre siebenjährige Tochter Nsuzana in die Tiefe und sterben. Die Bewohner*innen im ersten Stock retten ihr Leben nur noch durch Sprünge aus den Fenstern und erleiden dabei schwerste Verletzungen. Nachdem der Brand so gut wie gelöscht ist, findet die Feuerwehr zwischen dem Vorbau und dem Eingangsbereich einen weiteren bis zur Unkenntlichkeit verbrannten Toten. Erst fünf Tage später wird in der Gerichtsmedizin festgestellt, dass die Ursache seines Todes nicht das Feuer war.

Während die Bewohner*innen des Hauses um ihr Leben kämpfen, stehen schon seit geraumer Zeit drei junge Männer aus Grevesmühlen ‚ganz cool‘ neben ihrem Auto, einem Wartburg, am Straßenrand und sehen dem Brand aus sicherer Distanz zu. Zuvor sind die Männer laut Zeug*innenaussage ein Autorennen durch Lübeck gefahren. Eine vorbeifahrende Polizeistreife kontrolliert die Männer. Einer der Männer gibt einen falschen Namen an. Am 18. Januar 1996 werden die Männer in Grevesmühlen, einer Kleinstadt im benachbarten Bundesland Mecklen-

burg-Vorpommern festgenommen und nach Lübeck in Polizeigewahrsam zum Verhör gebracht. Die Männer werden der ortsansässigen Skinhead-Szene zugeordnet.

Ein vierter Tatverdächtiger wird erst am späten Nachmittag ermittelt und gegen Abend festgenommen. Dieser Mann wird nicht erkenntlich behandelt, da seine Person der Polizei aus nicht genannten Zusammenhängen bekannt zu sein scheint. Bis in die Nacht nimmt die Lübecker Kriminalpolizei die Alibis der Tatverdächtigen auf, obwohl inzwischen festgestellt wurde, dass drei der Männer frische Haarversengungen haben – die auf

einen Kontakt mit einem Feuer hindeuten. Begründungen hierfür sei u.a. das Anzünden eines Hundes gewesen. Ein Gerichtsmediziner nimmt gegen Mitternacht Haarproben der bis dahin Verdächtigen. Dieser Tatbestand wird vorerst nicht an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Am 19. Januar gegen Mittag werden die Männer aus dem Polizeigewahrsam entlassen. Am gleichen Tag gegen 17 Uhr wird der Bewohner des Hauses, Safwan Eid, zusammen mit seinem Bruder verhaftet. Der aus dem Libanon stammende Mann wird aufgrund einer ominösen Zeugenaussage beschuldigt, dass Asylbewerber*innen-



Demonstration Januar 2019



Gedenkfeier in der Hafenstraße

heim, in dem er seit Jahren mit seiner Familie lebte, angezündet zu haben. Die Kontaktdaten des Zeugen werden später bei einem der Männer aus Grevesmühlen gefunden.

Am 3. Februar 1996 erfährt die Polizei, dass einer der Tatverdächtigen aus Grevesmühlen ein Teilgeständnis gegenüber einem Zeugen abgelegt haben soll – die Ermittlungen gegen die vier Männer aus Grevesmühlen werden im Mai 1996 ein erstes Mal eingestellt und im September 1996 ein zweites Mal. Im Dezember 1996 brüstet sich einer der anderen Tatverdächtigen mit der Brandlegung in der Hafenstraße. Weiteren Ermittlungen folgen nicht.

Safwan Eid wird im Juni 1996 aus der U-Haft entlassen. Nach einem langen Prozess wird er durch einen Freispruch, welchen die Staatsanwaltschaft aufgrund von Mängeln an Beweisen gefordert hat, am 30. Juni

1997 freigesprochen. Insgesamt wurde er zweimal unschuldig angeklagt und inhaftiert.

1998 gesteht einer der Verdächtigen aus Grevesmühlen, der von Freunden „Klein-Adolf“ genannt wird, während er aufgrund eines anderen Deliktes in Haft sitzt, die Legung des Brandes einem Justizvollzugsbeamten. „Er habe damals zusammen mit seinen drei Freunden das Feuer gelegt“. Dieses Geständnis widerruft er später, wohl aufgrund der Empfehlung der Polizei und Staatsanwaltschaft, um den Prozess für die Betroffenen ruhen zu lassen. Ein halbes Jahr später gesteht er die Tat erneut einem Journalisten.

Trotz der Geständnisse der Tatverdächtigen aus Grevesmühlen wurden die Ermittlungen nicht erneut aufgenommen. Ein rassistisches Tatmotiv wurde nicht verfolgt. So bleiben viele Ungereimtheiten zurück, die sich nicht nur mit der Frage der Schuld beschäftigen. Ebenso ungeklärt gilt die Todesursache von Sylvio Amoussou, der im Vorderbaus des Hauses ums Leben kam. Sein Leichnam wies Verletzungen auf, die nicht nur durch das Feuer, sondern v.a. auch durch Fremdeinwirkungen hätten zustande kommen können (Bsp. Schädelbruch).

Die Ereignisse und Ermittlungen, um den Brandanschlag in der Hafenstraße könnten noch weiter ausgeführt werden. Fakt ist – bis heute gibt es keine verurteilten Täter*innen. Dem Brand



Demonstrationszug 2019

wird als Ursache ein technischer Defekt zugeordnet, trotz mehrfacher Geständnisse eines Neonazis.

Die Erinnerungskultur in Lübeck

Seit dem Brand 1998 hat sich in Lübeck ein Unterstützer*innenkreis etabliert, der sich zunächst für die Rechte der Hafenstraßen-Bewohner*innen und die Aufklärung der Tat einsetzte. Hieraus ist damals das sogenannte Lübecker Flüchtlingsforum e.V. entstanden.

Das Lübecker Flüchtlingsforum hat in den vergangenen Jahren u.a. die Gedenkfeier an die Toten und die Betroffenen der Hafenstraße organisiert. Seit ein paar Jahren hat sich zudem aus einem Freund*innenkreis des Lübecker Flüchtlingsforum die Initiative Hafenstraße'96 gegründet.

Wir, die Initiative Hafenstraße'96 sind ein Zusammenschluss aus Menschen, die in und um Lübeck leben und

das Erinnern, Gedenken und Mahnen an die Menschen aus der Hafenstraße 52 als Teil unseres politischen Erbes betrachten. Die meisten von uns haben die Ereignisse damals als Kinder oder junge Erwachsene miterlebt.

Jedes Jahr organisieren wir mit u.a. mit dem Lübecker Flüchtlingsforum eine Gedenkwoche um den 18. Januar in Lübeck. Diese besteht aus Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Beispiel mit Betroffenen von anderen rassistischen Anschlägen. Ebenso richten wir die Gedenkfeier am Ort des Geschehens in der Hafenstraße aus. Hier beteiligt sich die Stadt mit einem Grußwort und einem Gedenkkranz. Ein*e Bürgermeister*in hat seit dem damaligen Bürgermeister Michael Boutellier, der sich unaufhaltsam für die Überlebenden und ihr Aufenthaltsrecht einsetzte, nicht mehr an der Gedenkfeier teilgenommen. Die Woche endet mit einer jährlichen Demonstration, um gemeinsam an die Betroffenen und Opfer zu erinnern und auf die Bedrohung durch rechte Gewalt zu verweisen.

Staatliches Versagen aufgrund der fehlenden juristischen Aufklärung

Der Brand gilt weiterhin als nicht aufgeklärt. Wir als Initiative betrachten ihn als einen ungeklärten rassistischen Brandanschlag, der sich einreicht in eine Reihe rassistischer und extrem rechter

Gewaltdelikte in den 1990er Jahren in Lübeck. Nicht erst durch den NSU mussten wir feststellen, dass staatliche Ermittlungen immer wieder ein rassistisches oder extrem rechtes Tatmotiv außer Acht ließen. Daher ist eine erneute Aufnahme der Ermittlungen, in denen ein rassistisches und menschenfeindliches Tatmotiv im Vordergrund steht, für uns als Initiative unabdingbar. Es ist erschreckend, dass trotz der Teilgeständnisse von aktiven Neonazis und der Welle der rassistischen Gewalt in den 1990er Jahren in der Bundesrepublik die Debatte um eine Schuldzuweisung zu rechten Täter*innen mit Vorsicht geführt wurde und wird. Der Brand in der Hafenstrasse ist eine Tat, die sich ereignete an einem Höhepunkt rechter Gewalt in Lübeck – u.a. wurde 1994 ein Brandanschlag durch rechte Jugendliche auf die die Lübecker Synagoge verübt. Es herrschte ein Klima rechter Gewalt in Lübeck und Deutschland, in dem es nicht nur darum ging, menschenfeindliche Weltbilder zu vertreten, sondern Menschen aufgrund Ihrer Herkunft das Leben zu nehmen. Ein Klima, das noch bis heute besteht.

So stehen wir als Initiative vor der Herausforderung, die Erinnerung an den Brandanschlag aufrecht zu halten, obwohl die gesellschaftliche Empörung um das Ausmaß der Tat längst verklungen ist. Wir gehen davon aus, dass, wenn der Brand als ein rassistischer Brandanschlag (im juristischen Sinne) deklariert worden wäre, würde der Gedenkkultur an die Betroffenen

und Opfer vermutlich auch durch die Seiten der Hansestadt eine bedeutsamere Rolle zugeschrieben werden.

Unsere größte Herausforderung – fehlende Betroffenenperspektive

Wie bereits aus diesem Text herauszulesen ist, mangelt es an Perspektiven der Betroffenen in der Erinnerungsarbeit. Dies ist leider u.a. der Tatsache geschuldet, dass wir als Initiative wenige bestehende Kontakte zu Überlebenden, Betroffenen und ihren Angehörigen haben. Wir versuchen dies dringend zu ändern. Wir wissen, dass die Betroffenen unsere Arbeit kennen und es sehr schätzen, dass wir die Erinnerung an den Brand aufrechterhalten. Wir wissen auch, dass es Betroffenen gibt, deren Schmerz zu groß ist, um sich aktiv zu beteiligen. Ein Grund hier-



Kranzniederlegung am Gedenkstein

für ist auch die schmerzliche Erfahrung durch die Ermittlungen und Falschanschuldigungen gegen den Bewohner Safwan Eid.

Wir streben an die bestehenden Kontakte zu verfestigen, um die Bedürfnisse der Betroffenen in den Fokus unserer Arbeit zu stellen. Ein Ziel, das wir in unserer Arbeit verfolgen, ist zum einen die Führung von Zeitzeugeninterviews und die Gestaltung einer Ausstellung, um die Erinnerung an die Opfer und Betroffenen aufrecht zu erhalten. Hierfür haben wir leider bisher vergeblich versucht eine öffentliche Finanzierung durch die Hansestadt Lübeck zu erhalten. Wir sind weiterhin auf der Suche nach Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten.

Wir sehen die Gestaltung einer Erinnerungskultur als notwendig an, um Betroffenen rechter Gewalt Solidarität entgegenzubringen. Es sind ihre Erfahrungen und ihr Leid, die es nicht zu



Gedenkveranstaltung am Gedenkstein

vergessen gilt. Es ist unsere Verantwortung, nichts und niemanden zu vergessen, um eine Zukunft aufzubauen, in der Menschen ohne Angst leben und ein Zuhause haben.

www.hafenstrasse96.org

Hafenstrasse96@systemausfall.org

Nicht locker lassen

Die Initiative „Keupstraße ist überall“ in Köln

Am 9. Juni 2004 detoniert in der Kölner Keupstraße eine Nagelbombe und verletzt Dutzende Menschen schwer. Die Betroffenen kämpften jahrelang gegen die Stigmatisierung als Täter*innen, gegen neue Angriffe von rechts – und jetzt um ein Mahnmal.

Im Jahr 2013 gründete sich die Kölner Initiative „Keupstraße ist überall“. Zwei Jahre waren vergangen seit dem öffentlichen Bekanntwerden der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“, neun Jahre seit dem NSU-Nagelbombenanschlag in der Keupstraße und sogar zwölf Jahre seit dem Sprengfallen-Attentat des NSU in der Kölner Probsteigasse. Vor 2013 gab es nur punktuelle Aktionen vor Ort. Aber der Skandal war tiefgreifend und vielfältig: Opfer waren allein gelassen bzw. als Täter behandelt worden, staatliche Behörden wie der Verfassungsschutz vertuschten ihre eigene Verwicklung und verharmlosten die Taten und ihre Folgen. Und auch die Gesellschaft insgesamt hatte versagt. Entsprechend vielfältig waren Motivation und Arbeit der Initiative auch gegen strukturellen und institutionellen Rassismus, mit

einem nicht unerheblichen Anteil an selbstkritischem Umgang mit den eigenen Fehlern.

Hierzu ein Zitat von Arif S., einem Überlebenden des Nagelbombenanschlags auf die Keupstraße:

„Die Initiative setzt sich dafür ein, dass wir zu unserem Recht kommen, dass die Probleme der Opfer erkannt werden, dass ihnen geholfen wird, dass die Öffentlichkeit aufgeklärt wird. Wir fordern, dass endlich die Rolle des Staates im NSU-Komplex beleuchtet wird.“

Zunächst stand die Begleitung der Betroffenen zum und im NSU-Prozess am Münchner Oberlandesgericht (OLG) sowie zu Anhörungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) NRW im Vordergrund. Damit verband sich die notwendige Öffentlichkeitsarbeit (mit Mahnwachen, Kundgebungen, Info-Veranstaltungen, Kooperation mit den Anwält*innen der Nebenklage, Straßen-Umbenennungen, Schredder-Aktionen in Erinnerung an das Aktenschreddern 2011 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, Mobilisierung nach München u.v.m.). Und es entwickelte sich die bundesweite Vernetzung mit anderen Initiativen und die Gründung von „Tribunal: NSU-Komplex auflösen“.

Nach der oberflächlichen Eingrenzung des Täter*innen-Kreises (mit dem Schlagwort „NSU-Trio“) und dem teilweise verächtlichen Umgang mit

den Betroffenen vor Gericht kam es zu dem zutiefst enttäuschenden Urteil von 2018. Für den Generalbundesanwalt war dieses allerdings ein „Erfolg des Rechtsstaates“, die Forderung der Nebenkläger*innen und ihrer Anwält*innen nach weiterer Aufklärung dagegen nur „Fliegengesumme“. Daher ist das nun geltende Motto vieler Initiativen: „Kein Schlussstrich!“

Hierzu ein Zitat von Arif S.:

„Wir werden nicht locker lassen. Auch wenn es viele Jahre dauern sollte, werden wir dieses Thema nicht ruhen lassen. Aber gemeinsam. Als Gemeinschaft, alle zusammen, meine ich. Das Wichtige ist, dass wir uns verbinden und uns gemeinsam dafür einsetzen, dass das Thema nicht mit diesem Urteil beendet wird. Das Gericht mag es für beendet erklären, wir aber werden dies nicht tun. Das ist unbedingt notwendig.“

Unter dem Motto „Kein Schlussstrich“ steht auch, die bisher fehlende Umsetzung des PUA-Abschlussberichts anzumahnen, die u.a. rassistische Strukturen in Behörden beheben sollte.

Nach dem Antrag des Kölner Integrationsrats und einem entsprechenden Beschluss des Stadtrats für ein Kölner Mahnmal entstand 2016 die Initiative: „Herkesin Meydanı - Platz für alle“. Der Entwurf des Künstlers Ulf Aminde wurde vom Stadtrat ausgewählt – und seitdem bewegt sich nichts mehr,

blockiert von der Stadt und den Investor*innen des vorgesehenen Geländes. Auch hier lassen wir nicht locker.

Hierzu Arif S.:

„Wir als Überlebende des Anschlags auf die Keupstraße werden jeden Tag an dieses schreckliche Ereignis erinnert. Aber die meisten anderen Menschen nicht, weil über solche verbrecherischen Taten von Neo-Nazis gegen Migrant*innen viel zu wenig berichtet oder geredet wird, sei es seitens der Medien oder seitens des Staates. Daher ist dieses Mahnmal so wichtig, um die z.B. nach Köln kommenden Menschen über diesen Anschlag zu informieren und diese Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Dieses Mahnmal wird unsere Geschichte, die Geschichte der Überlebenden des Anschlags, erzählen und daher hat das Mahnmal, das unbedingt an dem von uns gewünschten Ort an die Anschläge auf die Probsteigasse und die Keupstraße erinnern soll, eine solch große Bedeutung. Nicht nur für uns, sondern in erster Linie für die gesamte Gesellschaft.“

Die weiter bestehende Aktualität rechtsextremer Bedrohung mitten unter uns – ebenso wie deren Verharmlosung – zeigte sich in Köln zuletzt im Juni 2019: Rassistische Flyer mit konkreten Bedrohungen wurden im Umfeld der Keupstraße in Briefkästen gefunden, kurz vor dem 15. Jahrestag des Nagelbombenattentats. Sie waren u.a. mit Hakenkreuzen und der Unter-

schrift „Atomwaffen Division Deutschland“ versehen. Die Flyer enthielten eindeutige Morddrohungen und die Aufforderung an muslimische Menschen, Deutschland zu verlassen. Wieder blieben die erwarteten Reaktionen der zuständigen offiziellen Stellen der Stadt aus, es gab keine konkreten Unterstützungsangebote. Auch die angesprochenen Vertreter*innen von Parteien und Fraktionen (in Köln und im Land NRW) reagierten entweder nicht oder größtenteils enttäuschend: Dies entspricht der von Betroffenen und Engagierten seit Jahren gemachten und wiederholten Erfahrung. Allerdings ist in diesem Zusammenhang eine Gruppe von Nachbarschafts-Initiativen entstanden, inklusive der „Initiative

Keupstraße ist überall“, die den neuerlichen Skandal öffentlich machte und die weiter zusammen arbeitet.

Neonazistisches Gedankengut führt in letzter Konsequenz zu Mord. Der Impuls zur Bekämpfung von Rassismus wird nicht aus der Politik kommen. Die Politik wird erst handeln, wenn wir sie gemeinsam durch unsere Präsenz und durch öffentlichen Druck dazu zwingen. Die Initiative „Keupstraße ist überall“ lädt euch alle ein, euch uns oder anderen Gruppen anzuschließen, die sich diesem Gedankengut entgegenstellen.

www.keupstrasse-ist-ueberall.de

Ein Mahnmal für die Keupstraße

Herkesin Meydanı

Köln ist die einzige Stadt, in der der NSU zwar einen Anschlag verübte, jedoch nicht einmal eine Plakette an den Anschlag und seine Opfer erinnert. Seit Jahren gibt es Pläne, nahe der Keupstraße ein Mahnmal zu errichten. Doch das Gelände soll an einen Investor verkauft werden.

An der Ecke Keupstraße/Schanzenstraße soll ein Mahnmal als Ort der Begegnung auf dem bislang unbebauten Areal des ehemaligen Güterbahnhofs entstehen. Die 6x24 Meter große Betonplatte des Künstlerentwurfs entspricht eins zu eins dem Fundament des Friseursalons, vor dem 2004 die Nagelbombe des NSU explodierte. Diese Platte soll der physische Teil des Mahnmals werden, der ergänzt wird von einem virtuellen: Filme, Fotos und Dokumente, die mit einer App auf dem Smartphone zu sehen sein werden, erzählen die Geschichte dieses Ortes aus der Perspektive der Betroffenen. Das Mahnmal wird kein statisches Gebilde sein. Es soll ein Ort der Solidarität, des Zusammenstehens, des Zuhörens, der Wut und des gemeinsamen Handelns sein. Es soll ein Platz für alle sein, einer, an dem sich Menschen treffen, diskutieren und erinnern. Sie können von diesem Platz aus die Keupstraße sehen bzw. besuchen und damit die Erinne-

rung in die Gegenwart mitnehmen. Sehen, wie diese Straße und ihre Bewohner*innen wieder „aufgestanden“ sind, das Leben trotz des rassistischen Anschlags, der Stigmatisierung und Kriminalisierung durch Behörden und Medien wieder angenommen haben und sich aktiv auch für die betroffenen Familien des rassistischen Anschlages durch den NSU in der Kölner Probsteigasse einsetzen und erinnern.

Nicht nur die Idee und der Entwurf des Mahnmals waren Grund, dass sich die Jury (bestehend aus diversen Vertreter*innen der Stadt und Institutionen, aber vor allem aus der IG Keupstraße und den zahlreichen Betroffenen des Anschlages) und die Menschen auf der Keupstraße bei Gesprächen zum Mahnmal vorab, 2016 genau für diesen Entwurf entschieden haben. Nein, es war auch der Ort, die Nähe zur Keupstraße. Die Menschen wollen das Andenken und die Erinnerung in ihrer Nähe sehen, um gemeinsam zu erinnern, zu mahnen, und gemeinsam in die Zukunft zu schauen.

Doch das Gelände ist bis heute umkämpft. Zwar hat sich die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker kürzlich öffentlich zu der Idee für das Mahnmal bekannt, doch die Eigentümer*innen wollen das Grundstück an der Ecke Keupstraße/Schanzenstraße angeblich lieber an einen Investor verkaufen, der dort ein lukratives Geschäftshaus errichten will. Dies ist nicht nur ein Kampf um Erinnerung, nein, es

ist ein auch Kampf gegen die Gentrifizierung, die, wie der Anschlag 2004, die Menschen in ihrer Existenz bedroht.

Wir haben uns als Gruppe aus dem Bündnis „Tribunal – NSU-Komplex auflösen“, der Initiative „Keupstraße ist überall“, der Geschichtswerkstatt Mülheim sowie diversen anderen Initiativen und Einzelpersonen gebildet. Wir wollen gemeinsam mit den Betroffenen die Verwirklichung des Mahnmals erreichen. Per Stadtratsbeschluss steht es fest und wird dauernd von Politik und der Oberbürgermeisterin Reker zugesagt und wieder abgesagt. Wir und alle Unterstützer*innen sind das leid. Bisher haben nur das beständige Insistieren aller Unterstützer*innen das Mahnmal überhaupt im Fokus der Öffentlichkeit gehalten.

Das Mahnmal lässt erinnern, aber es lässt die Straße auch weiterleben. Daher

kämpfen wir gemeinsam mit Menschen aus der Keupstraße weiter, bis das Vorhaben an dem Ort, der von Nazi-Terroristen angegriffen wurde, realisiert wird, und schaffen dort schon jetzt einen Platz für alle, der Rassismus anklagt und Solidarität ermöglicht. Wir füllen diesen Platz mit Leben durch Diskussionen, Reden, Konzerte, Lesungen und laden alle ein gemeinsam ein, Teil dieses lebendigen Erinnerns zu sein! Es geht uns nicht um Skandalisierung. Köln ist aber die einzige Stadt in Deutschland, in der noch nichtmal eine Plakette an die Opfer des NSU erinnert. Ob das Mahnmal nun nochmal fünf Jahre bis zur Verwirklichung braucht, wird sich herausstellen. Wir werden schon einmal die anliegenden Straßen, das neue Gelände und den gesamten Raum für ein „Erinnern mit Würde“ nutzen.

www.mahnmal-keupstrasse.de
platzfueralle@posteo.de



Oury Jalloh – Das war Mord

Break the Silence

Am 7. Januar 2005 verbrannte Oury Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau. Der Fall beschäftigt die Justiz bis heute – und das nur, weil eine Initiative nicht locker ließ, in einzigartiger Weise immer wieder Beweise und Gutachten vorbrachte. Für Angehörige und Freunde ist klar: Das war Mord!

Oury Jalloh war Anfang der 2000er Jahre aus dem westafrikanischen Sierra Leone nach Deutschland geflohen und lebte als sogenannter „geduldeter“ Asylbewerber in Roßlau (Sachsen-Anhalt). Am Morgen des 7. Januar 2005 kam er aus einer Diskothek in der Nachbarstadt Dessau. Er wollte telefonieren und sprach deshalb auf der Straße einige Frauen von der Stadtreinigung an. Diese fühlten sich belästigt und riefen die Polizei. Als der Polizeiwagen eintraf, saß Oury bereits hundert Meter entfernt von den Frauen auf einer Bank. Die Situation war zu keinem Zeitpunkt bedrohlich gewesen und die Frauen erstatteten auch keine Anzeige gegen Oury. Es waren die Polizisten selbst, die die Situation eskalieren. Sie forderten Oury's Ausweis und als dieser sich weigerte, warfen sie ihn zu Boden und zwangen ihn gewaltsam in den Streifenwagen.

Im Dessauer Polizeirevier fixierten ihn mehrere Polizeibeamte gegen 9.30 Uhr an Händen und Füßen in der Zelle 5 auf eine schwer entflammbare Matratze. Später behaupteten diese Polizisten, Oury hätte immer wieder selbstständig mit dem Kopf gegen die Wand und den Tisch geschlagen und sie mussten ihn so vor sich selbst beschützen. Kurz nach 12 Uhr Mittag sprang der Rauchmelder im Zimmer des Dienstgruppenleiters an. Eine halbe Stunde später, um 12:35 Uhr, war Oury Jalloh bis zur Unkenntlichkeit verbrannt.

Die Polizei behauptete sofort, dass Oury sich selbst angezündet habe. Aber es gab in der Zelle kein Zündmittel. Außerdem war Oury in seiner gefesselten Position absolut bewegungsunfähig. Weil die deutsche Polizei und Justiz die Aufklärung der Brand- und Todesursache konsequent verweigerten, haben wir als Initiative in Gedenken an Oury Jalloh die Aufklärungsarbeit im Namen der Familie Jalloh selbst in die Hand genommen.



Oury Jalloh mit seinem Sohn Justin (2002)



Pressekonferenz der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh mit internationalen Expert*innen (2015)

Gleich am Anfang haben wir eine zweite Autopsie durchführen lassen. Dabei kam heraus, dass Ourys Nasenbein gebrochen war und er weitere knöcherne Verletzungen hatte. Im Jahr 2013 haben wir ein unabhängiges Brandgutachten bei einem Experten in Irland durchführen lassen, weil die Justiz vollständige Abbrandversuche zur Rekonstruktion des Brandbildes abgelehnt hatte. Dabei kam heraus, dass das Brandbild in der Zelle 5 nur mit Hilfe von Brandbeschleunigern erreicht werden konnte.

Die Staatsanwaltschaft hat die Familie, die Freunde und die Öffentlichkeit von vorne bis hinten belogen. Wichtige Beweismittel sind verschwunden und das wohl wichtigste Asservat, ein Feuerzeugrest, der erst drei Tage spä-

ter von der Polizei präsentiert worden war, kann aufgrund der vorgefundenen Spurenlage niemals am Tatort in der Zelle 5 gewesen sein. Trotzdem behaupten staatliche Behörden bis heute, dass Oury Jalloh sich mit diesem Feuerzeug selbst angezündet haben „muss“. Wir haben im Jahr 2015 weitere Gutachten bei einem internationalen Expertenteam in London und Kanada in Auftrag gegeben. Diese haben bestätigt, dass die Ermittlungen im Fall von Oury Jalloh nicht den üblichen Standards entsprachen und dass er mit großer Wahrscheinlichkeit von Dritten angezündet wurde.

Wir haben mehrmals Anzeige beim Generalbundesanwalt gestellt, doch der will den Fall, trotz all der Widersprüchlichkeiten in der Ermittlungsar-

beit und der klaren Faktenlage nicht übernehmen. Durch unsere Arbeit konnten wir allerdings soviel Druck aufbauen, dass die Staatsanwaltschaft Dessau, die all die Jahre die Ermittlungen geleitet hatte, im August 2016 schließlich einen eigenen Brandversuch durchführen lassen. Dabei kam heraus, was wir schon 2013 gutachterlich bestätigt hatten: Oury Jalloh wurde mit Hilfe von Brandbeschleunigern verbrannt. Das musste dann auch die Staatsanwaltschaft Dessau zugeben. Im April 2017 leitete sie ein Verfahren wegen Mordes gegen zwei Polizeibeamte ein. Doch wieder lehnte der Generalbundesanwalt die Übernahme der Ermittlungen ab und erklärte, dass er kein rassistisches Tatmotiv der Polizeibeamten sehen könne.

Daraufhin wurden Dessau die Ermittlungen entzogen und im Dezember 2018 stellte die Generalstaatsanwaltschaft von Sachsen-Anhalt den Fall, entgegen aller vorliegender Beweise und Gutachtermeinungen, ganz und gar ein. Dagegen leitete dann die Anwältin der Familie von Oury Jalloh ein Klageerzwingungsverfahren ein, welches im Oktober 2019 vom Oberverwaltungsgericht in Naumburg abgelehnt wurde. Fast zeitgleich haben wir ein neues fachradiologisches Gutachten veröffentlicht. Dieses Gutachten bestätigt, dass nicht nur Ourys Nase vor seinem Tod gebrochen worden war, sondern auch sein Schädel und mindestens zwei Rippen! Das bestätigt, was wir schon seit langem vermutet

hatten. Die Polizeibeamten haben ihn massiv gefoltert und dann angezündet.

Oury ist im Übrigen der dritte ungeklärte Todesfall in ein und dem selben Polizeirevier. Unsere Anwältin hat deshalb Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Falls die Beschwerde abgelehnt und die Ermittlungen nicht wieder aufgenommen werden sollten, dann unterstützen wir die Familie bei ihrem Gang vor den Europäischen Gerichtshof.



Gedenkdemonstration zum 10. Todestag von Oury Jalloh in Dessau vor der Staatsanwaltschaft (2015)

Allerdings haben wir als Initiative in Gedenken an Oury Jalloh absolut kein Vertrauen in die Arbeit von Polizei, Justiz und Politik. Wir haben das in all den rassistischen Anschlägen und Morden der letzten Jahrzehnte gesehen. Rassisten, ob mit oder ohne Uniform, morden und sie kommen meist ungestraft davon. Deshalb stellen wir auch keine Forderungen an irgendwelche staatlichen Institutionen. Wir haben es hier deutlich mit einer Staatsräson zu tun. Deshalb haben wir die Aufklärungsarbeit zunehmend in unsere eigenen Hände genommen. Im Januar 2018

haben wir zudem eine Internationale Unabhängige Kommission zur Aufklärung der Wahrheit über den Tod von Oury Jalloh gegründet. Zusammen mit der Kommission organisieren wir Aufklärungsarbeit kontinuierlich selbst und bringen so die Wahrheit Schritt für Schritt an die Öffentlichkeit.

Der Kampf, den wir führen, ist nicht leicht, und von Anfang an gab es viel Gegendruck, viel Repression seitens des deutschen Staates gegen die Familie von Oury Jalloh und gegen uns und unsere Arbeit. Das alles geschieht rechtswidrig, all diese Einschüchterungsversuche, die sie in den ganzen Jahren gegen uns durchgeführt haben. Sie haben versucht uns zu kriminalisieren, uns unglaubwürdig zu machen. Doch sie hatten keinen Erfolg, weil wir verstanden haben, dass Protest auf

der Straße allein nicht reicht, sondern wir selbst die Fakten recherchieren und diese öffentlich machen müssen. Gleichzeitig wissen wir, dass Oury Jalloh kein Einzelfall ist und das macht unsere Arbeit beispielhaft für die anderen Fälle, bei denen Menschen durch rassistische (Polizei-)Gewalt ums Leben gebracht wurden und werden.

Deshalb werden wir bis zum Ende für die Gerechtigkeit kämpfen.

Oury Jalloh – Das war Mord!

www.initiativeouryjalloh.wordpress.com

initiative-ouryjalloh@so36.net

Grenzen zwischen Communities überwinden

Bündnis Tag der Solidarität / Kein Schlusstrich Dortmund

Mehmet Kubaşık war der achte von zehn Menschen, die vom sogenannten NSU ermordet wurden. In Dortmund zeigte sich beispielhaft, wie rassistisch die Ermittlungen in beinahe allen Morden verliefen. Es sind vor allem Gamze und Elif Kubaşık, die auf ihre Forderungen und offenen Fragen aufmerksam machen. Die Gedenkveranstaltungen werden vor allem von einem Bündnis aus migrantischen Selbstorganisationen, Antifa- und Antira-Gruppen unterstützt.

Am 4. April 2006 wurde Mehmet Kubaşık am helllichten Tag in seinem Kiosk in der Dortmunder Mallinckrodtstraße erschossen. Gamze und Elif Kubaşık, Mehrets Tochter und Ehefrau, waren sich sicher: Die Täter müssen Nazis gewesen sein. Doch erst nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds im November 2011 wurde ihnen geglaubt.

Die Hinterbliebenen organisierten 2006 in Dortmund zusammen mit der kurdisch-alevitischen Gemeinde einen

Trauermarsch. Eine breite öffentliche Solidarisierung mit der Familie blieb aus. Die Behörden ermittelten ausschließlich in Richtung des Opfers, seiner Familie und Freund*innen. Die Medien erfanden diskriminierende und rassistische Begriffe wie „Dönermorde“, als seien es keine Menschen gewesen, die getötet wurden.

Ein halbes Jahr nach der Selbstenttarnung des NSU im Sommer 2012 hat es im Rahmen des von der Stadt Dortmund verbotenen Antifacamps eine Gedenk- und Diskussionsveranstaltung zum rassistischen Mord an Mehmet Kubaşık gegeben, bei der es erstmals zum öffentlichen Austausch von Antifaschist*innen und migrantischen Selbstorganisationen kam.

In Dortmund wurde im vergangenen November ein Platz in der Nordstadt nach Mehmet Kubaşık benannt. Bei der Platzeinweihung erinnerte Gamze Kubaşık an die Ungerechtigkeit, die ihr und ihrer Familie widerfuhr:

„Ich möchte, dass die Leute niemals vergessen, dass dieser Staat und seine Behörden uns erst ernstgenommen haben, als die Nazis sich 2011 selbst zu den Morden und den Anschlägen bekannt hatten.“

Das Bündnis „Tag der Solidarität/ Kein Schlussstrich Dortmund“ ist, wie der etwas sperrige Name verrät, aus dem zunächst von der DIDF organisierten Gedenkveranstaltung zum 4. April, dem „Tag der Solidarität“, und der kritischen Begleitung der Urteilsverkündung im NSU-Prozess unter dem Motto „Kein Schlussstrich“ gewachsen. Im Bündnis sind Einzelpersonen, Vereine migrantischer Selbstorganisationen, die alevitische Gemeinde, Antifaschist*innen, parteinahe Organisationen, Initiativen und viele mehr organisiert.

Unser Ziel ist es, uns besser kennenzulernen und uns gemeinsam ge-

gen rassistische Gewalt zur Wehr zu setzen. Dies ist vor allem für uns, die wir in der Dortmunder Nordstadt leben und arbeiten, wichtig, denn der institutionelle Rassismus und das alltägliche Racial Profiling müssen thematisiert und dokumentiert werden. Eine Konsequenz aus dem NSU ist für uns deshalb die Überwindung von Grenzen zwischen unseren Communities. Wir müssen und wir wollen durch engeren Austausch und besseren Kontakt zueinander verhindern, dass sich das Geschehene wiederholt. Solidarisch an der Seite der Betroffenen und ihren Forderungen zu stehen, sehen wir als unsere Aufgabe.



Gedenkdemo in Dortmund 2016, Foto Klaus Hartmann

Die Forderungen der Familie Kubaşık

„Ich hatte so viele Fragen: Wie konnte eine bewaffnete Gruppe über Jahre hinweg faschistische Morde und Anschläge in Deutschland begehen? Warum wurden sie nicht gestoppt? Was wusste der Staat davon? Bevor Mehmet ermordet wurde, hatten sie schon sieben andere Menschen umgebracht.“

Ich fragte mich, wie groß diese Gruppe war. Das waren doch nicht nur diese drei. Gehörten zu der Gruppe Nazis aus Dortmund? Liefen die Helfer dieser Mörder vielleicht in einer der vielen Nazidemonstrationen mit, die auch an unserem Haus vorbei ziehen?“

Offener Brief von Elif Kubaşık an die Richter*innen, April 2020

„Ich möchte, dass alle Helfer, die man kennt, endlich angeklagt werden.“

„Alle weiteren Helfer/ Täter müssen endlich ermittelt werden. Auch in Dortmund. Ich will nicht weiter das Gefühl haben, jeden Tag weitere Täter zu treffen.“

„Ich will wissen, wie mein Vater als Opfer ausgewählt wurde.“

„Ich will wissen, warum es bis heute keine richtigen Ermittlungen zu weiteren Helfern gibt. Unsere Anwälte sollen dazu endlich alle Akten bekommen.“

„Ich will, dass der Verfassungsschutz endlich sagt, was er wusste. Warum vertuschen die das? Alle Akten dazu müssen auf den Tisch!“

Ganze Kubaşık bei der Verkündung des Urteils im NSU-Prozess, 11 Juli 2018

www.tagdersolidaritaet.wordpress.de
 buendnis_tagdersolidaritaet@keinschlussstrich-do.de



Mehmet Kubaşık – Ehemann, Vater von drei Kindern und Bewohner der Dortmunder Nordstadt. Mehmet Kubaşık wurde 1966 in Pazarçık, im Süden der Türkei, geboren. Mit 18 Jahren heiratete er Elif. Ende der 1980er Jahre verließ die kurdisch-alevitische Familie Anatolien. 1991 reiste die Familie über die Schweiz nach Deutschland ein und beantragte Asyl. 1993 wurde der Asylantrag anerkannt. Sie lebten von Anfang an in Dortmund. Der junge Familienvater versuchte, die Familie mit Hilfsarbeiten zu ernähren. Er liebte es, mit seinen Kindern Eis zu essen, grillte gerne und spielte Fußball. Im Juni 2004 kaufte er in Dortmund einen Kiosk und machte sich selbständig. Von morgens um sieben bis nachts um eins war der Kiosk geöffnet. Die ganze Familie half mit. Am 4.4.2006 wurde er vom NSU in seinem Kiosk in der Mallinckrodtstraße ermordet. Er wurde nur 39 Jahre alt.

Die Forderungen der Betroffenen müssen an erster Stelle stehen

Das Bündnis Kein Schlussstrich Hessen

Anlässlich des Kölner Tribunals NSU-Komplex auflösen gründete sich 2017 in Frankfurt das Bündnis Kein Schlussstrich Hessen. Nach dem Ende des ersten Untersuchungsausschusses im Landtag und der Urteilsverkündung im ersten NSU-Prozess gehört es zur Arbeit des Bündnisses, die Strukturen und Kontinuitäten rechten Terrors aufzuklären und die Stimmen, Forderungen und Anklagen der Angehörigen und Überlebenden rassistischer und antisemitischer Gewalt in den Vordergrund von Gedenken zu stellen.

„Am schlimmsten war die stille, schweigende Bombe, die keiner außer den Betroffenen gehört hat“ (Meral Şahin)

Für eine Reihe von Menschen aus Frankfurt wurde das Tribunal „NSU-Komplex auflösen!“ 2017 in Köln zum Anlass, sich zu fragen, warum es in Frankfurt noch keine Gruppe oder Zusammenhänge gibt, die zum bevorstehenden Ende des NSU-Prozess

arbeiten und mobilisieren. Es war der Gründungsmoment für Kein Schlussstrich Hessen, ein Bündnis unterschiedlicher Gruppen, dessen Fokus zunächst auf dem bald anstehenden Urteil im NSU-Prozess in München lag.

Dafür organisierten wir die Ausstellung Sequenzen – Erinnerungen – Wechsel. Den NSU-Komplex kontextualisieren vom Kollektiv Spot_the_silence, die im Frühjahr 2018 im ehemaligen Polizeigefängnis Klapperfeld gezeigt wurde. Als Begleitprogramm gestalteten wir eine Veranstaltungsreihe zum NSU-Komplex und den Kontinuitäten rechter Gewalt in Deutschland. Wir zeigten zum Beispiel den Film Der Kuaför in der Keupstraße und führten im Anschluss ein Gespräch mit Mitat Özdemir, einem der Mitbegründer der Initiative Keupstraße ist überall. Dadurch versuchten wir, mehr kritische Aufmerksamkeit für den NSU-Prozess zu schaffen und mehr Menschen dafür zu gewinnen zur Urteilsverkündung gegen die unvollständige Aufklärung zu demonstrieren.

„Die Gerechtigkeit, die ich uns gegenüber erhofft hatte, hat das Urteil nicht gebracht. Es ist, als ob Mehmet nur eine Nummer für Sie gewesen ist, als ob es unsere Fragen nicht gegeben hätte.“ (Elif Kubaşık)

„Sehr geehrte Ältere und Vorsitzende des Gerichts, Sie waren meine letzte Hoffnung, mein Vertrauen. Sie haben wie Bienen gearbeitet,

aber keinen Honig produziert. Es gibt kein Ergebnis.“ (Ayşe Yozgat)

Wie Elif Kubaşık und Ayşe Yozgat in diesen Zitaten hervorheben, war das Urteil zum NSU-Prozess nicht annähernd vollständig und sehr respektlos gegenüber den Betroffenen und Angehörigen.

Da diese Unvollständigkeit der Aufklärung durch das Oberlandesgericht in München leider schon früh abzusehen gewesen war, war von Anfang an die Aufklärung über den NSU-Komplex sowie über die Kontinuitäten von Rassismus im postnationalsozialistischen Deutschland Teil unserer Arbeit. Die Aufklärung über die Strukturen des NSU begann nicht mit dem Prozess, beschränkte sich nicht auf ihn und kann auch nicht mit diesem enttäuschenden Urteil enden. Das war der Grund für unseren Namen „Kein Schlussstrich“, und dies bleibt bis heute aktuell für unsere antirassistische Arbeit.

„Gleichzeitig möchte ich betonen, dass es Rassismus und Hass gegen Migranten*innen nicht erst seit dem NSU-Terror gibt.“ (Ibrahim Arslan)

Am NSU-Komplex zeigen sich sehr deutlich die rassistischen, antisemitischen und rechten Strukturen in Deutschland. Diese bestehen jedoch nicht erst seit dem NSU-Komplex – im Gegenteil kann der NSU-Komplex nicht begriffen werden, solange er alleinstehend betrachtet wird. Es gab schon

vorher ungezählt viele Fälle rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland. Diese müssen in einer Kontinuität verstanden und auch die Zusammenhänge aufgeklärt werden. Daher ist zwar der NSU-Komplex der Fokus unserer Arbeit, aber Teil ist es, genauso andere Fälle rechter Gewalt zu sehen, ihrer zu gedenken und uns mit anderen Initiativen zu vernetzen.

„Die Überlebenden sind keine Statisten. Sie sind die Hauptzeugen des Geschehenen.“ (Ibrahim Arslan)

Antirassismus kann nicht nur Wut und Kampf sein

Als bei der Eröffnung der bereits erwähnten Ausstellung im März 2018 Ibrahim Arslan vom Gedenken an die rassistischen Anschläge in Mölln 1992 erzählte und davon, dass diese im Exil stattfinden muss, weil die Stadt Mölln die Wünsche der Familie nicht respektiert, war uns klar, dass wir die Möllner Rede im Exil nach Frankfurt einladen wollten. Familie Arslan nahm unsere Einladung an und so gedachten wir gemeinsam 2019 in den Räumen des Historischen Museums den Anschlägen in Mölln. Diese organisierten wir als Teil eines breiteren Orga-Teams mit, zu dem unter anderem die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland, der Freundeskreis, der die Möllner Rede und die Familie jedes Jahr unterstützt, sowie nicht zuletzt die Angehörigen der Familie Arslan zählten.

„Gedenken ist etwas sehr Besonderes für diese Gesellschaft, es ist quasi für uns ein Erbe, was Opfer hinterlassen. Vom Gedenken können wir lernen und andere lehren.“
(Ibrahim Arslan)

„Es soll niemals vergessen werden, dass unser Halit ermordet wurde – nur, weil er ein Migrantenkind war.“
(Ismail Yozgat)

Antirassismus kann nicht nur Wut und Kampf sein. Rassismus fordert Menschenleben und das Gedenken an sie muss somit immer Teil antirassistischer Arbeit sein. Dafür bedarf es Räume der gemeinsamen Trauer und des Gedenkens. Dabei müssen die Stimmen, Forderungen und Anklagen der Angehörigen und Überlebenden rassistischer und antisemitischer Gewalt im Vordergrund stehen. Es muss Raum geben für ihre Geschichten und wir müssen alle ernsthaft, offen, ehrlich zuhören. Statt diese Räume und Perspektiven zu vereinnahmen, müssen wir die Forderungen der Angehörigen und Überlebenden ernst nehmen und darauf Konsequenzen folgen lassen.

„Dabei wäre es so wichtig, dass wir jetzt endlich Ruhe finden. Um das zu schaffen, ist es für mich entscheidend, dass wirklich alle, die an den Taten beteiligt waren, zur Rechenschaft gezogen werden: nicht nur die Angeklagten, die in München vor Gericht stehen.“
(Ayşen Taşköprü)

„Ich habe meinen Vater verloren, wir haben unsere Familienangehörige verloren. Lasst uns verhindern, dass das auch weiteren Familien passiert.“
(Semiya Şimşek)

Perspektiven umlenken

Die Angehörigen und Überlebenden formulieren sehr klar, was sie wollen. Obwohl es sie unvorstellbare Kraft kostet, haben sie es ungezählte Male ausgesprochen. Dennoch wird ihnen kaum ehrlich zugehört – und auch das ist Teil rassistischer Strukturen. Unsere Arbeit als „Kein Schlusstrich Hessen“ ist der Versuch, das Gesagte absolut ernst zu nehmen und uns als Gruppe und Individuen zu fragen, was wir nun konkret tun können. Daraus ergeben sich für uns immer wieder die schon genannten Arbeitsschwerpunkte: vollständige Aufklärung, selbstbestimmtes Gedenken und echte Konsequenzen.

„Wir müssen die Perspektive von den Täter*innen systematisch auf die Perspektive der Betroffenen lenken.“
(Ibrahim Arslan)

Dafür gehört zu uns auch, das Wissen über den NSU-Komplex möglichst breit und einfach zugänglich zu machen. Da die Strukturen rund um den NSU als auch die staatliche Aufklärung komplex, intransparent und langwierig sind, sind sie für viele Menschen kaum nachvollziehbar. Zudem sind die Informationen in den Medien und der Öffentlichkeit meist stark auf die Tä-

ter*innen fokussiert. Daher arbeiten wir aktuell an einer Sammlung kurzer Antworten auf Fragen zum NSU-Komplex, die möglichst verständliche und einfach zugängliche Erklärungen geben. Nur mit einem grundlegenden Verständnis ist eine Auseinandersetzung in der breiten Gesellschaft möglich und nur so können die dringenden, kritischen Fragen von noch mehr Menschen gestellt werden.

„Es gibt viele offene Fragen, ich wollte hundertprozentige Aufklärung und alle, die ihre Finger in dem Spiel hatten, dass die alle bestraft werden. Das ist Hauptpriorität von mir, aber das geschieht ja nicht. Ich hätte viele Fragen, ich hätte gewünscht, dass alles transparent, dass alles offensteht. So wurde es uns ja am Anfang versprochen, leider waren es nur leere Worte.“
(Abdulkerim Şimşek)

„Es gibt nur drei Möglichkeiten: Temme hat die Mörder gesehen, er hat sie gelenkt oder er hat Halit selbst ermordet.“
(Ismail Yozgat)

Denn es gibt, insbesondere in Hessen, noch viele ungeklärte Fragen zum NSU-Komplex: Der erste und bisher einzige hessische Untersuchungsausschuss war nicht willens, die Strukturen im regionalen Kontext aufzudecken. Die hessischen NSU-Akten bleiben nach aktuellem Stand bis 2044 unter Verschluss. Die Rolle des ehemaligen Verfassungsschutzbeamten Tem-

me beim Mord an Halit Yozgat ist nicht annähernd aufgeklärt. Zudem wurde die Perspektive von Familie Yozgat, deren Sohn Halit am 6. April 2006 in der Kasseler Nordstadt vom NSU ermordet wurde, praktisch nicht in die Arbeit des Ausschusses miteinbezogen. 2018 und 2019 erhielt Seda Başay-Yıldız, die Anwältin der Familie Şimşek im NSU-Prozess, Drohschreiben von Polizist*innen, die mit NSU 2.0 unterzeichnet waren. Walter Lübcke wurde im Juni 2019 in Kassel von einem Neonazi mit Verbindungen zu denselben Strukturen, die schon den NSU unterstützten, ermordet. All dies zeigt deutlich, dass neonazistische und rassistische Strukturen in Hessen auch nach dem NSU unangetastet weiter bestehen. Der NSU-Komplex bleibt aktuell und so auch der Einsatz für seine Aufklärung. Mit Demonstrationen, Petitionen, Postkarten-Aktionen an Politiker*innen, Gedenkveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und ähnlichem versuchen wir, das Thema in der breiten Öffentlichkeit zu halten, eine wirkliche Auseinandersetzung der Mehrheitsgesellschaft mit dem Thema zu erreichen und zugleich immer zu zeigen: Wir werden nichts davon vergessen und wir fordern Konsequenzen.

KEIN SCHLUSSTRICH HESSEN

www.

keinschlusstrichhessen.noblogs.org

Twitter: @KeinSchlusstr_

**Wissen zum NSU-Komplex
www.nichtzudritt.de**

#burakunvergessen: Acht Jahre Forderung nach Aufklärung

Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş

Am 5. April 2012 wird Burak Bektaş an einer Bushaltestelle erschossen, zwei Freunde lebensgefährlich verletzt. Der Mord weist Parallelen zu den NSU-Morden auf und ist bis heute unaufgeklärt. Die Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş kämpft um Aufklärung und ein würdiges Gedenken.

Burak Bektaş wurde am 5. April 2012 gegenüber des Krankenhauses Neukölln in Berlin erschossen, zwei Freunde von ihm wurden lebensgefährlich verletzt. Der Anschlag auf diese Gruppe Neuköllner Jugendlicher, die möglicherweise zur Zielscheibe wurden aufgrund rassistischer Zuordnungen und aus Hass auf ihr vermeintlich „anderes“ Aussehen bzw. eine ihnen unterstellte andere Herkunft, ereignete sich nur wenige Monate nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und weist Parallelen zur neonazistischen Mordserie auf: Es gab keine Beziehung und keinen vorherigen Kontakt zwischen den Opfern mit so genanntem Migrati-

onshintergrund und dem weißen Täter – die Schüsse erfolgten für die Opfer vollkommen unvermittelt, der Täter entfernte sich anschließend auffällig ruhig und kaltblütig vom Tatort. Selbst die zuständigen Ermittler schließen aufgrund der zufälligen Zusammensetzung der Gruppe und ihrer spontanen Zusammenkunft am Tatort eine Beziehung zwischen Täter und Opfern als Tatmotiv aus. Ein rassistische Motiv liegt nahe. Wie auch bei den NSU-Morden oder den Morden in Hanau im Februar 2020 scheint die Tat das Bekenntnis zu sein. Der Mord an Burak Bektaş ist nach wie vor nicht aufgeklärt. Das ist insbesondere für die Familie und die Angehörigen schwer erträglich.

Rassismus als Motiv?

Seit nunmehr acht Jahren fordern Angehörige, Freund*innen, Nachbar*innen und politische Gruppen Aufklärung. Doch es gibt nach wie vor keine Ermittlungserfolge und laut der ermittelnden Mordkommission auch keine Hinweise auf ein mögliches Tatmotiv. Man ermittle, hieß es in einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage im Abgeordnetenhaus aus dem Jahr 2016, „ergebnisoffen (...) in alle denkbaren Richtungen“ – also, ohne Rassismus im Sinne einer Ermittlungshypothese als mögliches Tatmotiv explizit in den Blick zu nehmen.

Unmittelbar nach der Tat wurde der Mord an Burak zwar zunächst vom

Landeskriminalamt (LKA) Berlin, Abteilung Staatsschutz, auf Bundesebene im Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechts „eingebracht“ – entschieden wurde aber, die Ermittlungen nicht dem Berliner Staatsschutz oder gar dem BKA zu übertragen, sondern bei einer Berliner Mordkommission zu belassen. Damit war von Anfang an vorgegeben, dass allenfalls polizeilicher Sachverstand zu Beziehungsgestalten, keinesfalls jedoch Kenntnisse zur lokalen oder bundesweit vernetzten rechten Szene oder Hintergrundwissen über rassistisch motivierte Tatszenarien bei den Ermittlungen eine Rolle spielen würden. Diejenigen, die Fachwissen zur rechten Szene und möglichen rassistischen Täter*innen haben könnten (polizeilicher Staatsschutz und Verfas-

sungsschutz auf Landes- und Bundesebene), sind nicht mit Ermittlungen zum Mord an Burak befasst und geben auf Nachfrage Unkenntnis zum Besten. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz liegen angeblich „keine Erkenntnisse“ zur Ermordung von Burak vor und das BKA findet „keine konkreten Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Tatmotivation und einen Tatzusammenhang mit rechtsterroristischen Strukturen“. Im Januar 2016 lehnte der Generalbundesanwalt die Forderung der Anwälte der Familie Bektaş nach Übernahme der Ermittlungen ab. Genauso ging es den Betroffenen der rechten Terrorserie in Neukölln fast zwei Jahre später im Dezember 2018. Trotz prominenter Unterstützung u.a. durch den Neuköllner Bezirksbürger-



Fotos, Plakate und Blumen am 8. Mai 2020 am Gedenkort in Berlin Neukölln

meister und den Berliner Innensenator lehnte die Generalbundesanwaltschaft die Übernahme ab.

Kritik an den Ermittlungen

Von Beginn an schlug sich struktureller Rassismus in den Ermittlungstätigkeiten nieder. Maßgeblich für die Ausrichtung der Ermittlungen war die Entscheidung, nach der so genannten „Zwiebelmethode“ (Mehmet Daimagüler, Anwalt der Familie Bektaş) vorzugehen, also ausgehend von den Opfern zunächst in deren persönlichem Umfeld zu ermitteln. Politisch motivierte Täter*innen geraten bei diesem Ansatz zwangsläufig zunächst aus dem Blickfeld. Erste Verdächtigungen nach der Tat richteten sich gegen unbeteiligte Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund, während weiße Anwohner*innen mit rechter Gesinnung und Bezug zum Tatort als „Zeug*innen“ und nicht als mögliche Täter*innen in den Fokus der Polizei gerieten. Die Ermittlungsakte trug den türkischen Namen eines kurzfristig Tatverdächtigen, obwohl die Ermittlungen gegen ihn sofort wieder eingestellt worden waren.

Darüber hinaus bestehen massive Zweifel an der Gewissenhaftigkeit der durchgeführten Ermittlungen. So wurden beispielsweise wichtige Spuren, wie etwa das Projektil der Schusswaffe und Videos von lokalen Über-

wachungskameras, nicht hinreichend gesichert und ausgewertet. Hinweise wurden schon ab Sommer 2012 immer nachlässiger bearbeitet. Eigenständige Ermittlungstätigkeiten der Mordkommission kamen bereits wenige Monate nach Buraks Tod im Sommer 2012 vorerst zum Erliegen. So ist es nicht überraschend, dass auch ein Hinweis aus der Bevölkerung im Dezember 2013 auf den Waffenbesitz des Neuköllner Nazis Rolf Zielezinski und dessen geäußerte Absicht, in der Nähe des Tatortes „rumballern“ zu wollen, von den Ermittler*innen nicht weiter verfolgt wurde. Viele Beobachter*innen kritisieren, dass ein solches Vorgehen wenig wahrscheinlich gewesen wäre, wenn es sich bei den Opfern um weiße Jugendliche gehandelt hätte.

Rolf Zielezinski erschoss zweieinhalb Jahre nach Buraks Tod den Briten Luke Holland, ebenfalls in Neukölln. Lukes Eltern, Rita und Phil Holland, sagten im Rahmen des Gerichtsprozesses: „Unser Sohn würde noch leben, wenn im Mordfall Burak Bektaş ernsthaft ermittelt worden wäre.“ Besonders tragisch und schmerzvoll ist der Tod von Rita Holland. Sie ist am 21. Oktober 2019 aus dem Leben gegangen, weil sie den Schmerz über den Verlust ihres Sohnes nicht mehr ertragen konnte. Auch Ritas Tod geht zu Lasten des Nazis Rolf Zielezinski. Der Mord an Luke Holland wird bis heute offiziell nicht als rechter Mord gezählt – trotz diverser Nazide-

votionalien in der Wohnung des Mörders und rassistischer Aussagen des Täters in dessen Bekanntenkreis. Zielezinski habe sich ja nicht konkret zu seinem Tatmotiv geäußert, so die Begründung des Gerichts. Dieses wiederholte Nicht-Erkennen kommentiert Remziye Satir, die bei einem rassistischen Brandanschlag in Duisburg 1984 sieben Familienangehörige verlor, in ihrer Grußbotschaft zu Buraks achtem Todestag: „Müssen diese Mörder ein Hakenkreuz am Hals tragen, damit wir sie als Nazis identifizieren?“

Öffentlicher Druck und Organisierung: „Keine weiteren Buraks“

Die zuständigen Behörden reagieren auf den über Jahre hinweg aufrecht erhaltenen öffentlichen Druck mit Intransparenz – konkrete Informationen erhalten die Familie und die Öffentlichkeit lediglich über die Antworten auf mittlerweile insgesamt knapp 20 parlamentarische Anfragen auf Landes- und Bundesebene. Durchgängige Pressearbeit sowie zahlreiche Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen sowie die Initiierung der Nebenklage mündeten 2014/15 in einer Wiederaufnahme der allerdings weiterhin sehr oberflächlich gehaltenen Ermittlungstätigkeiten. Diese sind mittlerweile scheinbar erneut zum Erliegen gekommen.

Inzwischen befassen sich neben Onur Özata, Mehmet Daimagüler und

Ogün Parlayan, letztere auch Nebenklagevertreter im Münchener NSU-Prozess, mit Lukas Theune und Maren Burkhardt zwei weitere Anwalt*innen als Nebenklagevertreter*innen der Familie Bektaş mit dem Verfahren. Die Anwalt*innen der Familie kritisieren die bisherigen Ermittlungen in Richtung eines rassistischen Tatmotivs wiederholt scharf als grundsätzlich unzureichend. Sie haben Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Ermittlungen: Unter anderem vermissen sie gezielte Ermittlungsschritte gegen das Organisationsumfeld von lokal aktiven Neonazigruppierungen in Neukölln sowie Anfragen bei den Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer zu rechten Netzwerken sowie einen Datenabgleich mit anderen Gewalttaten in Deutschland mit (möglicher) rechter/rassistischer Tatmotivation. Möglicherweise werden bei den Ermittlungen auch geheime Parallelakten geführt, die den Anwalt*innen nicht zugänglich sind: So wird etwa der laut einer Antwort auf einer Parlamentarische Anfrage angeblich erfolgte „intensive Informationsaustausch“ zwischen Polizeilichem Staatsschutz und Mordkommission in der Ermittlungsakte nicht dokumentiert. Eine von mehreren Seiten geforderte unabhängige Untersuchungskommission wurde nach wie vor nicht eingerichtet.

Nichtsdestotrotz kämpfen wir auch im achten Jahr nach Buraks Tod auf unterschiedlichen Ebenen weiter für Aufklärung – juristisch, medial, par-

lamentarisch und auf der Straße. Die zentrale Forderung kommt von Melek Bektaş, Buraks Mutter: „Keine weiteren Buraks“. In ihrer eindringlichen und bewegenden Rede im Rahmen des NSU-Tribunals in Köln 2017 führte sie aus:

„Die Zeit Halt zu sagen ist schon vorbei. Ich habe hier [auf dem Kölner Tribunal] gesehen, wie viele Opfer es gibt. Wie viele gibt es noch von ihnen, von denen wir noch nichts wissen? Wenn wir schweigen, wird das immer wieder passieren. Jetzt ist die Zeit unseres Schweigens vorbei, wir werden nicht mehr schweigen. ... Dieses System des Rassismus soll nicht so weitergehen. Ich habe hier gesehen, wenn wir Hand in Hand gehen, dann werden wir stärker. Unser Schmerz endet nicht, und er wird auch nicht enden. Wir können die, die wir verloren haben, nicht wieder zurückbringen. Unsere ganze Hoffnung ist, dass keine weiteren Buraks sterben werden.“

Bundesweite Vernetzung und Solidarisierung für Aufklärung und Gedenken

Der unaufgeklärte Mord an Burak ist kein Einzelfall, die Kontinuität rassistisch motivierter Gewalttaten zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte Deutschlands. Bundesweit haben sich in den letzten Jahren viele Initiativen von und mit Opfern und Hinterbliebenen rassistischer Gewalt ver-

netzt, um ihre jeweiligen Kämpfe um Aufklärung und Gedenken gemeinsam zu führen. Zudem wurden neue Initiativen für neue, aber auch für lange zurück liegende Fälle gegründet. Es handelt sich hierbei um einen langfristig ausgerichteten Aktivismus, in dessen Rahmen schmerzhaft Erfahrungen aus den 1980er und 1990er Jahren sowie aus dem Kontext des NSU als Ausgangspunkt genommen werden, um sich wie zuletzt in Hanau schneller und besser unter und mit Betroffenen zu solidarisieren. Seit an Seite führen Angehörige, Freund*innen, Nachbar*innen und Unterstützer*innen von Hinterbliebenen in verschiedenen Städten gemeinsam Mahnwachen, Veranstaltungen und Demonstrationen durch. Sie verschaffen sich Gehör in den Medien und bringen die Forderungen nach Aufklärung und Entschädigung ins öffentliche Bewusstsein. Gemeinsam halten sie die Erinnerung an die Opfer der Gewalt aufrecht und teilen ihre Trauer, etwa bei kollektiven Gedenkveranstaltungen zu Todestagen, im Rahmen großer bundesweiter Treffen wie dem NSU-Tribunal und in gemeinsamen Statements. Der Erfahrungs- und Wissensaustausch stärkt und gibt das Gefühl, nicht allein zu stehen.

Die Betroffenen begleiten polizeiliche Ermittlungen kritisch und benennen den strukturellen Rassismus in Deutschland, nicht zuletzt auch im Rahmen von Bildungsarbeit. Sie fordern gesellschaftliche Auseinanderset-

zung mit den Hintergründen rechter und rassistischer Gewalt und verweisen immer wieder darauf: Rassistische Morde sind nicht „nur“ das Ergebnis individueller Gesinnungen einzelner Täter – rassistische Morde passieren, weil die deutsche Gesellschaft stark von Rassismus geprägt ist und damit den Boden für diese Gewalt bereitet, der letztlich kaum Konsequenzen folgen. Auffällig ist, dass bei rassistischen Morden immer wieder von „Verwirrten“, „Alkoholisierten“ „Waffennarren“, vor allem aber von „Einzeltätern“, die Rede ist. Es ist zynisch, wenn wie zuletzt in Hanau von „Zufallsopfern“ gesprochen wird - damit wird die Bedeutung rassistischer Unterscheidungen negiert. Die teilweise auch europaweite Vernetzung der Kämpfe der Opfer und Überlebenden hingegen macht die strukturelle Dimension hinter individuellen Erlebnissen nachvollziehbar. „Opfer und Überlebende sind dabei keine Statisten, sie sind die Hauptzeugen des Geschehens“, sagt dazu Ibrahim Arslan, Überlebender des rassistischen Brandanschlags in Mölln 1992.

Kalplerimiz sizinle – Our Hearts are with you

Einen Schwerpunkt der Aktivitäten bildet die Erkämpfung von Gedenkorten und Straßenumbenennungen in verschiedenen deutschen Städten.

In Berlin haben wir mithilfe von sehr vielen Unterstützer*innen in den letzten Jahren den Gedenkort für Burak geschaffen, an dem wir regelmäßig Veranstaltungen und Kundgebungen abhalten, aber auch Bildungsangebote durchführen. Er hat eine große Bedeutung für die Familie Bektaş. Es ist auch der Ort des Kampfes für Aufklärung des Mordes an ihrem Sohn, Bruder, Cousin und Freund.

Gedenkort und Straßenumbenennungen können die Namen und Geschichten der Verstorbenen und der Menschen, für die sie wichtig waren, erzählen und bewahren. Sie dienen dem gemeinsamen Gedenken an die Verstorbenen und sind darüber hinaus Zeichen des Widerstandes und der Solidarität. Sie machen deutlich: Betroffene fordern Aufmerksamkeit für und Solidarität mit allen Opfern rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland. Es sind Orte der Begegnung, des Lernens und des gemeinsamen Kämpfens für eine antirassistische Zukunft. Die Gedenkort sind nicht zuletzt auch die Orte, an denen die weiterhin aktuelle Forderung nach umfassender Aufklärung rassistischer Gewalt für alle sichtbar im Stadtbild verankert wird.

Dieser Text erschien zuerst in »Berliner Zustände 2019 - Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus« und wurde für die vorliegende Publikation leicht überarbeitet.

Warum musste Amed sterben?

Die Initiative Amed Ahmad

Amed Ahmad starb am 29. September 2018 nach einem Brand in seiner Zelle in der JVA Kleve, in der er gar nicht hätte sitzen dürfen. Die Aufklärung seines Todes ist geprägt von Fehlern in der Polizeiarbeit und Versuchen, sie zu vertuschen.

Der aus Syrien stammende Kurde Amed Ahmad befand sich am 6. Juli 2018 an einem Badensee in Geldern, als er von der Polizei inhaftiert wurde. Er konnte sich nicht ausweisen, da er nur seine Sparkassenkarte dabei hatte. Er wurde anschließend – nur mit seiner Badehose bekleidet – mit auf die Wache in Geldern genommen. Was dann genau und aus welchen Gründen passiert sein soll, ist für uns mehr als widersprüchlich und beschäftigt derzeit einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss im NRW-Landtag. Zu all den ungeklärten Fragen und auch zu der fragwürdigen Arbeit des PUA hat „NSU Watch NRW“ sehr ausführliche Berichte geschrieben, die wir hier empfehlen wollen.

Wir haben nie an die Lügen geglaubt, dass Amed einfach so „verwechselt“ werden konnte. Fest steht

aber, dass Amed auf Grundlage eines Haftbefehls inhaftiert wurde, der nicht ihm galt. Das hätte niemals passieren dürfen. Fest steht auch, dass ihm keine Übersetzung oder anwaltliche Unterstützung ermöglicht wurde und ihn niemand ernst genommen hat, als er mehrmals gesagt hat, dass er nicht der Gesuchte sei. Vor Kurzem wurde bekannt: Der Polizist Frank G. aus Geldern wurde drei Wochen nach Ameds Verhaftung darüber informiert, dass Amed nicht der mit Haftbefehl gesuchte Mann war. Passiert ist aber wieder nichts. Gegen Frank G., der diese Information auch im Untersuchungsausschuss zunächst verschwiegen hatte, wird nun ermittelt. Es gibt zahlreiche solcher Skandale, und wir glauben, dass die Spitze des Eisberges hier noch lange nicht erreicht ist. Amed ist schließlich am 29. September 2018 an den Folgen eines bislang ungeklärten Zellenbrandes gestorben. Er wurde 26 Jahre alt.

Die Polizei ist für einen ganz großen Teil der Bevölkerung kein Freund und kein Helfer. Oury Jalloh, Adel B., Mikael Haile, Amed Ahmad und alle anderen Verstorbenen waren keine Einzelfälle. Auch das Versagen der Ermittlungsbehörden zur umfassenden Aufklärung hat nicht erst seit dem NSU Kontinuität und fatale Signalwirkungen an weitere potentielle Täter*innen. Tod in Gewahrsam, rassistische und potentiell tödliche Polizeigewalt, vor allem gegenüber migrantisierten und schwarzen Menschen, muss endlich als



Amed Ahmad in Geldern

systematisches und strukturelles Problem begriffen werden. Deshalb müssen wir gemeinsam Rassismuserfahrungen und migrantische Perspektiven und Forderungen sichtbar machen und öffentlichen Druck erzeugen, damit endlich Konsequenzen gezogen werden, damit so etwas nie wieder passiert.

Rassistische Polizeigewalt findet aber nicht im luftleeren Raum statt. Es sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, es ist der nie verschwundene Rassismus und Antisemitismus, die Kriminalisierung migrantisierter Alltags, das deutsche Asylsystem und europäische Grenzregime, die rassistische „Mehrheitsgesellschaft“, der ungebremschte rechte Terror, aber auch die reißerische mediale Berichterstattung, die die Bedingungen für solche Taten mit ermöglichen. Und es sind wiederum

die rassistischen Polizeipraktiken und die polizeilichen PR-Kampagnen, die für weitere Angriffe auf migrantisierte Menschen und rechten Terror eine Steilvorlage bieten. Es ist daher unser aller zivilgesellschaftliche aber vor allem menschliche Verantwortung, dass sich so etwas nie mehr wiederholt, da wir uns auf die Behörden nicht verlassen können.

Malek Zaher Ahmad: Der Name meines Sohnes lautet Amed Ahmad

Malek Zaher Ahmad: Der Name meines Sohnes lautet Amed Ahmad, er wurde am 13. Juli 1992 geboren. Mein Name ist Malek Zaher, ich bin Ameds Vater.

Seine Kindheit verbrachte Amed in Libyen. Dort war er bei allen Menschen, die ihn kennen gelernt haben, ein beliebtes Kind. Jedoch mussten wir wegen meiner Arbeit innerhalb Libyens dreimal umziehen. Wir lebten in Tripolis, in Bani Waïd und dann in Misrata. Mit wachsendem Heimweh und aufgrund der Distanz der Kinder zu ihrer Familie und Verwandten habe ich mich im Jahre 2002 entschieden, wieder nach Syrien zurückzukehren.

Hier möchte ich darauf hinweisen, dass wir Kurden sind. Als Kurden haben wir vor allem zu dieser Zeit, als Syrien seine internationalen Beziehungen zu Nachbarländern wie der Türkei, Jordanien und den Golfstaaten aufbaute, viel Ungerechtigkeit, Tyrannei und Unterdrückung erfahren. Dies war die Grundlage der syrischen Beziehungen zur Türkei. Um den türkischen Staat zu befrieden, aber auch um ihrer schmutzigen Interessen Willen wurden in Syrien bis 2004 zahlreiche kurdische Aktivist:innen und politische Führungskräfte unter Druck gesetzt und verhaftet. Die Auseinandersetzungen zwischen dem syrischen Staat und den Kurden flammten auf. Zu dieser Zeit und trotz seines jungen Alters schloss sich Amed dem Widerstand gegen die syrische Regierung furchtlos und entschlossen an. Nach wenigen Monaten wurde er durch das syrische Regime verhaftet und kam ins Gefängnis. Darauf folgten noch drei weitere Inhaftierungen. Seine letzte Inhaftierung war vor dem Ausbruch des Krieges, wo er

drei Jahre in Haft blieb. Im Gefängnis wurde ihm, neben den unmenschlichen Entsetzungen seiner Grundbedürfnisse, sehr großes, ungerechtes, unsagbares körperliches Leid zugefügt.

Nach seiner Entlassung brachten wir Amed von Aleppo nach Afrin, um mit seiner Behandlung zu beginnen, die ihm aber nicht weiter half. Daraufhin beschloss ich zusammen mit der Familie, die Behandlung in der Türkei fortzusetzen. Nach einem Jahr der Behandlung erholte er sich und hat zusammen mit seinen Geschwistern angefangen zu arbeiten. In dieser Zeit habe ich uns den Zugang nach Europa verschafft. Zuerst ist sein großer Bruder losgezogen. Anschließend habe ich mich auf den Weg gemacht und zum Schluss ist Amed nach Deutschland gefolgt. In Deutschland suchte er nach einem ruhigen Leben, wie es jeder junge Mann seines Alters tut. Dennoch hatte er in Deutschland aufgrund eines Fingerabdrucks in Ungarn Schwierigkeiten und wurde wieder nach Ungarn abgeschoben. Nach einem dreimonatigen Aufenthalt in Ungarn wurde er wieder nach Deutschland abgeschoben. Diese Instabilität und Ungewissheit führten dazu, dass seine Hoffnungen in Europa nachließen.

In vielen unserer Unterhaltungen hatte er auch seiner Mutter angedeutet, er wolle in die Türkei zurückkehren. Sein Leben war voller Schwierigkeiten. Als wäre es nicht schon genug Leid gewesen, seine Heimat verlassen

zu müssen, um ein besseres und vor allem ein würdevolleres Leben hier in Europa zu suchen. Stattdessen wurde er auch hier mit Rassismus und Ungleichheit konfrontiert. Die Folgen von Hass, Verrat, Rassismus und Chauvinismus haben sein Leben schließlich beendet. Verdammt seien Ungerechtigkeit, Rassismus und Hass, überall auf der Welt.

Die Initiative Amed Ahmad

Wir als Initiative Amed Ahmad haben uns im Herbst 2018 gegründet. Die Beerdigung von Amed, auf der einige von uns waren, hat uns sehr bewegt. Wir waren wütend und traurig und wir wollten vor allem nicht weiter untätig bleiben. So hat sich eine Vernetzung aus Freund:innen von Amed, die ihn vor allem in Geldern kennen gelernt haben, und solidarischen Unterstützer:innen ergeben. Wir wollen öffentlichen Druck erzeugen, Antworten auf all die ungeklärten Fragen und Widersprüche einfordern und wir wollen Gerechtigkeit für Amed. Amed sollte nicht in Vergessenheit geraten. Bei all dem haben wir uns auch immer wieder gefragt, wer uns und unsere Kinder vor diesen Beamt:innen schützt, die weiterhin im Dienst blieben.

Im Dezember 2018 haben wir in Geldern eine Demonstration organisiert. Wir haben uns sehr über die solidarische Unterstützung anderer Initiativen wie der Initiative Oury Jalloh,

der Karawane Wuppertal oder der Ini Keupstraße ist überall - Her yer Keup Caddesi gefreut. Wir waren aber enttäuscht, dass nur so wenige Bürger:innen aus Geldern und Umgebung ihre Anteilnahme gezeigt haben. Denn auf die Unterstützung einer aufmerksamen und solidarischen Zivilgesellschaft sind wir angewiesen. Denn auch schon vor der Inhaftierung von Amed waren rassistische Polizeikontrollen und Kriminalisierung für uns in Geldern Alltag. Nach der Demonstration hat sich die Situation für uns leider nicht verbessert, sondern vielmehr verschlechtert. Das ist eine traurige Entwicklung. Dennoch war die Demo und der solidarische Support ein wichtiges Signal dafür, dass diese Kämpfe nicht alleine geführt werden können.

Wir verstehen uns als Initiative, die an diesen gesellschaftlichen Verhältnissen, dem strukturellen Rassismus und den permanenten Deklassierungen, die zu Ameds Tod – und auch zu dem Tod so vieler anderer Menschen – geführt haben, etwas verändern will. Es für uns ein zentrales Anliegen, uns mit anderen Initiativen zu vernetzen, und wo wir können diese solidarisch zu unterstützen. Zuletzt haben wir gemeinsam mit Ameds Eltern und dem ISD Bund e.V. eine Spendenkampagne für einen Grabstein für Amed organisiert, um ein würdevolles Gedenken an ihn zu ermöglichen. Wir haben damit begonnen, den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss kritisch zu begleiten und können dabei von den

Erfahrungen von NSU Watch NRW sehr profitieren.

Wie gehen der Staat, staatliche Behörden und die Gesellschaft mit Rassismus um?

Malek Zaher Ahmad: Die deutsche Gesellschaft teilt sich unserer Wahrnehmung nach in drei Gruppierungen ein. Vorab: Die deutsche und die europäische Gesellschaft sind herzlich, friedlich und glauben an die Grundrechte, die Freiheit und Gleichheit des Menschen und legen großen Wert auf Gleichberechtigung. Dennoch gibt es Menschen, die Hass, vor allem gegenüber Migranten und Minderheiten, verspüren und diesen auch in verschiedenen Formen ausüben. Dann gibt es Politiker, die ihrer Agenda entsprechend agieren und eigene Absichten und Interessen verfolgen, aber auch andere wiederum, die sich wirklich für das Wohlergehen der Menschen einsetzen und human agieren und mit vorbildlicher Entschlossenheit für Gerechtigkeit kämpfen.

Initiative Amed Ahmad: Die Ermittlungen gegen mehrere involvierte Polizeibeamt:innen wurden im November 2019 eingestellt, wogegen die Eltern von Amed Klage eingereicht haben. Gegen den bereits erwähnten Polizisten Frank G. wird aktuell ermittelt. Was wir beobachten, ist aber, dass den Behörden, und allen voran NRW-In-

nenminister Reul, die Abwehr jeglicher Kritik wichtiger ist, als sich der Verantwortung zur lückenlosen Aufklärung zu stellen. Das sind in unseren Augen keine neuen Mechanismen. Leider ändert daran auch der Parlamentarische Untersuchungsausschuss nichts, in dem vor allem parteipolitische Scharmützel ausgetragen werden. Beliebte Sätze der Zeug:innen lauteten: Davon wusste ich nichts oder: Das lag nicht in meinem Verantwortungsbereich.

Dass Amed von den Behörden schon vor seiner unrechtmäßigen Verhaftung wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt wurde, ist für uns nicht mehr von der Hand zu weisen. Und so selbstverständlich das eigentlich sein sollte, müssen wir immer wieder darauf aufmerksam machen, dass hinter diesem „Fall“ ein Mensch mit Träumen und Zielen, mit politischen Idealen stand. Wir müssen gegen diese kontinuierliche und mehrfache Entmenschlichung und Entrechtung von Amed immer wieder angehen.

Und all das ist Rassismus. In einer schier unfassbaren Zuspitzung ist dieser deutsche Rassismus für Amed, der das Terrorregime in Syrien und jahrelange Folter überlebt hat und mit Hoffnungen auf einen schützenden Rechtsstaat nach Deutschland geflohen ist, tödlich geworden. Die alltäglichen rassistischen Übergriffe in Deutschland, die zahlreichen ungeklärten Todesfälle in Gewahrsam, die rechten Terroranschläge in Halle und Hanau, die regel-

mäßigen Aufdeckungen von rechten Netzwerken in Polizeien und Bundeswehr sowie die zunehmende mediale Hetze zeigen uns, dass wir uns nicht auf die Strafverfolgungsbehörden oder gar den Verfassungsschutz verlassen können, wenn wir uns selber schützen wollen.

Was fordern die Angehörigen der Opfer?

Malek Zaher Ahmad: *Unsere Forderungen lauten Gerechtigkeit, Gerechtigkeit und Gerechtigkeit.*

Wir werden nicht aufhören, die Mörder meines Sohnes herauszufinden. Ich benutze das Wort Mörder, weil jemand Amed getötet hat oder seinen Tod verursacht hat.

Was fordert die Initiative Amed Ahmad?

Initiative Amed Ahmad: Politische Verantwortung bedeutet in unseren Augen, dass an den Voraussetzungen, die solche Taten möglich machen, ganz grundlegend etwas geändert werden muss. Dafür bedarf es zunächst eines Problembewusstseins, das wir derzeit, aber auch in der Vergangenheit, leider kaum beobachten können. Kritik an der Polizei, und sei sie noch so differenziert formuliert, wird systematisch delegitimiert. Racial Profiling aber zum Beispiel verschwindet nicht, nur

weil man es leugnet oder wenn weiße Deutsche sagen, dass sie selber nie Probleme mit der Polizei hatten. Diese Polizeigewalt ist keine seltene Ausnahme, sie ist Alltag, aber sie betrifft nicht alle gleich. Wir wünschen uns, dass die vielfältigen Stimmen derjenigen, die schon zu lange nicht ernst genommen wurden, gemeinsam laut werden und endlich angehört werden. Wir wollen gemeinsam die Stimmen für diejenigen erheben, die nicht mehr für sich selbst sprechen können, weil sie durch diese rassistischen Strukturen bereits ihr Leben verloren haben.

In Bezug auf die Polizei bedeutet politische Verantwortung in unseren Augen einen radikalen Abbau des rassistisch-selektiven und repressiven Polizei- und Sicherheitsapparats, ein Ende von Racial Profiling und unabhängige Untersuchungen aller Verdachtsmomente von Polizeigewalt sowie eine breite Diskussion um die Institution Polizei – über ihre koloniale und faschistische Vergangenheit und Gegenwart. Gerade deshalb ist die Dokumentation und Kritik rassistischer Polizeiarbeit durch Initiativen wie etwa der Kampagnen Death in Custody sowie wissenschaftlicher rassistuskritischer Studien so wichtig. Es müssen vielfältigere Perspektiven in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden, auch um die Deutungshoheit und Narrative der Polizei systematisch zu dekonstruieren.

Die aktuellen lokalen und globalen Kämpfe für Gerechtigkeit geben uns

Mut. Wir befürchten allerdings, dass die derzeitige öffentliche Aufmerksamkeit bald wieder verpufft, ohne dass sich an den Voraussetzungen, die diese rassistische und tödliche Polizeigewalt überhaupt erst möglich machen, etwas geändert hat. Das Mitmischen im öffentlichen Diskurs reicht daher nicht aus. Wir wollen ganz konkrete Veränderungen bewirken. Um das Rad nicht immer neu erfinden zu müssen, brauchen wir den gegenseitigen Austausch. Auch ein Blick in die Vergangenheit kann dabei hilfreich sein, wenn man sich zum Beispiel die migrantische Selbstorganisation und organisierten Selbstschutz der 90er Jahre anschaut.

Was wir brauchen, ist ein Ausbau von lokalen Infrastrukturen der solidarischen Hilfe und organisierten Schutz. Was wir verstärkt brauchen sind unkomplizierte und niedrigschwellige solidarische Rechtsberatungen, psychosoziale Unterstützungsangebote und unbürokratische finanzielle Hilfen. Wir brauchen ein stärkeres Monitoring von Racial Profiling und Polizeigewalt sowie antisemitischer und rassistischer Übergriffe, die auch unabhängig von staatlichen Zuwendungen funktionieren. Diese Expertise gibt es bereits, wir wünschen uns eine bessere Zugänglichkeit, verstärkte Sichtbarkeit dieser Strukturen und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Wir können nur gemeinsam und solidarisch die Angst vor Repressionen in Zeiten eines zunehmenden Rechts-

rucks und Kriminalisierung von Antifaschismus überwinden. Das Gefühl von Ohnmacht darf uns nicht ohnmächtig werden lassen und dagegen müssen wir uns organisieren und verlässliche, langfristige, übergreifende und progressive Bündnisstrukturen aufbauen. Wir wollen nicht noch mehr Schwestern und Brüder, Mütter und Väter, Freundinnen und Freunde, Nachbarinnen und Nachbarn und auch diejenigen verlieren, die wir nie kennen lernen durften. Solidarität mit allen von Rassismus Betroffenen! Kein Vergessen, kein Vergessen! Wir fordern Gerechtigkeit, wir fordern Aufklärung und wir fordern strukturellen Wandel!

Wie kann Engagement aussehen?

Malek Zaher Ahmad: Dieser Kampf für Gerechtigkeit sollte in Form von Organisationen und der Entstehung von politischen, gesellschaftlichen Institutionen geschehen, die gefördert und überprüft werden, um die politischen Vertreter für Gerechtigkeit, auch im parlamentarischen Rahmen, zu stärken – nicht nur in Europa, sondern auch im Nahen Osten und Afrika. Diese Institutionen sollten auch ihre interne Kernphilosophie und ein menschenförderndes System verinnerlichen. Darauf aufbauend können wir eine menschlichere und humanere Zukunft gestalten und für stärkeren globalen Zusammenhalt sorgen.

Initiative Amed Ahmad: Gerechtigkeit bedeutet für uns nicht nur, dass die Mörder nicht weiter morden. Gerechtigkeit heißt, dass wir für eine Gesellschaft eintreten, in der wir die tödlichen Verhältnisse von Ausbeutung und Unterdrückung überwinden und gemeinsame Perspektiven für ein Zusammenleben für alle in Freiheit und ohne Angst entwickeln. Das beginnt damit, dass die Alltage migrantisierter Menschen nicht länger kriminalisiert werden. Gerechtigkeit bedeutet für uns aber auch, dass wir niemals vergessen dürfen, dass wir immer erinnern müssen.

Unterstützt (Betroffenen-)Initiativen, verschafft ihren Forderungen Aufmerksamkeit, redet mit eurer Familie und euren Freund:innen über die Vorfälle. Fordert Aufklärung, macht Druck, organisiert euch, seid solidarisch miteinander und mit antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen und Akti-

onen. Wenn ihr Geld übrig habt, spendet etwas an die Initiativen, die es gerade dringend benötigen. Wir wollen euch auch ermuntern, nach der Sommerpause als Beobachter:innen den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss kritisch zu begleiten.

Ein Text von Malek Zaher Ahmad und der Initiative Amed Ahmad

Wir benennen unsere Initiative gerade in „Initiative Amed Ahmad“ um. Die vorherige Schreibweise mit „a“ war leider nicht richtig und wir bedauern es sehr, dass wir zu der fälschlichen Weiterverbreitung dieser Schreibweise von Ameds Namen beigetragen haben. Über die alte E-Mail-Adresse werden wir weiterhin erreichbar sein.

www. initiativeamad.blackblogs.org/

initiativeamad.blackblogs@riseup.net

„Die Wahrheit steht außer Frage“

Die Initiative Gerechtigkeit für Adel B.

Am 18. Juni 2019 wird Adel B. in Essen bei einem Polizeieinsatz von der Polizei erschossen. Ein Video widerlegt die Erzählung der Polizei von Notwehr. eine Familie kämpft für einen Prozess, die Justiz weigert sich bisher.

Der Fall Adel B.

Am 18. Juni 2019 wurde Adel B. von der Polizei durch die geschlossene Tür seines Hausflures erschossen. Zuvor hatte Adel sich an den Notruf gewandt und gedroht, sich mit einem Messer umzubringen, mit dem Ziel psychologische Hilfe zu erhalten. Adel hatte bereits in der Woche zuvor beim Notruf angerufen. Damals war ein Seelsorger geschickt worden und Adel hatte sich in psychiatrische Behandlung begeben, aus der er aber nach einem Richterbescheid wieder entlassen wurde. Als Adel am 18. Juni wieder den Notruf anrief, kam kein Seelsorger, sondern lediglich Beamte der Essener Polizei, die Adel mit gezogener Waffe konfrontierten. Obwohl Adel mit ihnen

diskutierte, zwischenzeitlich das Messer beiseite legte, das er bei sich hatte, und sich schließlich auf den Weg nach Hause machte, wurde er dort von der Polizei erschossen. Im Nachhinein wurde behauptet, Adel hätte die Polizisten mit einem Messer angegriffen. Videos, die zu dem Vorfall auftauchten, widerlegen die Lügen der Polizei.

Anderere Fälle von rassistischer Polizeigewalt in Essen

Auch der aus Eritrea stammende Mikael Haile wurde 2017 in Essen von der Polizei erschossen. Die Polizei behauptete auch damals, aus Notwehr gehandelt zu haben, da Mikael sie angeblich mit einem Messer angegriffen habe. Dafür gibt es keine Beweise.

Der bekannteste Fall ist der der Familie Ayoub. Hier erschien die Polizei wegen einer angeblichen Ruhestörung. Unter diesem Vorwand wollten zwei Polizisten in das Haus der Familie Ayoub eindringen. Als Omar Ayoub sein Recht einforderte und einen Durchsuchungsbeschluss sehen wollte, wurden er und seine Familie von den Polizisten beleidigt und körperlich angegriffen, darunter die kleine Schwester, die Großeltern und seine schwangere Frau. Im Nachhinein wird der Familie eine Verbindung zur organisierten Kriminalität angedichtet. Mit den Lügen soll eine Solidarisierung mit Familie Ayoub verhindert werden. Dieser und andere Fälle, wie der von Ridvan

Haltung und Einschätzung der Mutter von Adel B

(zitiert aus einer öffentlichen Stellungnahme zur erneuten Einstellung des Verfahrens vom 07. Mai 2020)

„Ich fordere einen Prozess. Wir bekamen im September Bescheid, dass das Verfahren eingestellt wurde, da es rechtens war ihn zu erschießen, dann haben wir Beschwerde eingelegt und versuchen natürlich weiter zu kämpfen. Wir geben nicht auf. Die ganze Familie gibt nicht auf. Ich stehe auch hier für die ganze Familie und spreche für die ganze Familie. Aber leider habe ich einen Anruf bekommen, der nicht so schön war. Von unserem Anwalt wurde mir mitgeteilt, dass das Oberlandesgericht Hamm, wo die Beschwerde hinging, weil Essen nicht mehr zuständig ist, die Beschwerde wieder zurückgewiesen hat und das Verfahren eingestellt wurde. Da war ich ein bisschen geschockt. Die Wahrheit steht außer Frage. Mein Anwalt schrieb in der Beschwerde, dass es auch eine Möglichkeit gegeben hätte, Adel in das Bein zu schießen, was die Polizei auch in der Polizeischule lernt. Da wurde heute uns übermittelt, es wäre keine Möglichkeit gewesen ihn in die Beine zu schießen, sondern in die Brust zu schießen wäre angemessen gewesen. Wir als Familie kämpfen weiter und unser Anwalt hat trotzdem noch weil das Oberlandesgericht Hamm zuständig ist, nochmal eine Beschwerde geschickt. Wir kämpfen weiter.“

Saado im Februar 2020, welcher im Polizeirevier Altenessen zusammengeschlagen wurde, oder der Angriff auf eine Familie aus Mülheim, die von der Polizei im März 2020 durch die ganze Stadt gehetzt wurde, nachdem sie Anzeige in einer Wache aufgeben wollte, zeigen, dass rassistisch motivierte Polizeiübergriffe in Essen keine Ausnahme, sondern System sind.

Kurze Übersicht über den Prozessverlauf im Fall Adel B.

18. Juni 2019 Adel B. wird durch die Polizei erschossen

30. Juli 2019 Auf Youtube taucht ein Video von der Ermordung Adel B.'s auf

die Polizei ändert ihre ursprüngliche Aussage, der Schuss sei in Notwehr abgegeben worden

- die Polizei spricht von Nothilfe (d.h. der Abwehr eines Angriffs auf einen anderen)

- Der Anwalt der Familie widerlegt die Aussage der Nothilfe, da sich die Aussagen der beteiligten Polizisten widersprechen

18. September 2019 Einstellung des Verfahrens

5. Juli 2020 erneute Einstellung des Verfahrens

- momentaner Stand (September 2020)
Der Anwalt der Familie hat ein Klageerzwingungsverfahren eingeleitet

Initiative Gerechtigkeit für Adel

Wir fordern die volle Aufklärung des Falls Adel B. und unterstützen die Familie bei ihrem Kampf. Dafür fordern wir, wie die Mutter stellvertretend für die ganze Familie von Adel B., ein Gerichtsverfahren und eine Verurteilung der am Einsatz beteiligten Beamten wegen Mordes, Unterschlagung von

Beweisen und Falschaussage. Neben dem Fall Adel B. behandeln wir die immer wieder vorkommenden Fälle von (rassistischer) Polizeigewalt und arbeiten diese öffentlich auf.

Kontakt:
gerechtigkeitfueradel@web.de



„Wir müssen den Alltag stören“

Anti-Rassismus-Protest am 8. Mai

Protest am 8. Mai: Der Soziologe Gürsel Yildirim über die Folgen des Anschlags von Hanau und den Tag der ein „migrantischer Streiktag“ werden sollte.



Gürsel Yildirim ist Soziologe und Aktivist. Im Namen der Gedenk-Initiative Ramazan Avcı hat er bei der Trauerfeier für die Opfer des rechtsextremen Anschlags in Hanau zu einem migrantischen Generalstreik aufgerufen – nach dem Vorbild der Migrantenbewegung in den 80er und 90er Jahren. © Privat

Herr Yildirim, Ihr Bündnis hat am 8. Mai zu einem migrantischen „Tag des Widerstands“ aufgerufen. Warum der 8. Mai?

Ich habe am 22. Februar bei der Gedenkfeier in Hanau gesprochen und dort im Namen der Initiative zu diesem Streik aufgerufen. Die Reaktionen zeigen: Wir haben einen Nerv getroffen, auch bei der jungen Generation. Das Datum hat ein Netzwerk aus Berlin vorgeschlagen. Der 8. Mai ist ein symbolischer Tag mit einem Bezug zu unserem Streik: Es ist der Jahrestag der Befreiung vom Faschismus – aber dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. In Berlin ist der 8. Mai in diesem Jahr ein Feiertag und wir wünschen uns, dass er generell dazu erklärt wird. Die Forderung ist angelehnt an die Forderung von Esther Bejarano, Überlebende des KZ Auschwitz-Birkenau und ein Vorbild für uns.*

Wofür – oder wogegen – richtet sich die Aktion?

Es besteht ein Macht- und Herrschaftsverhältnis, es gibt verinnerlichte Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft. Migranten, Menschen mit Migrationshintergrund, „People of Colour“ – wie auch immer man sie nennen will – werden rassistisch diskriminiert bis hin zu Mord. Um nicht in die „Opferrolle“ zu fallen, ist Selbstorganisation und Selbstverteidigung gegen Rassismus unser Handlungsaspekt. Unsere soziale Bewegung ist eine antirassistische Migrant_innen-Bewegung. Nach Anschlag in Hanau: Protest gegen Rassismus am 8. Mai

Die Ramazan-Avci-Initiative, in der Sie aktiv sind, ist eine Gedenkinitiative. Sie ist benannt nach einem Opfer eines rechtsextremen Übergriffs.

Der Angriff auf Ramazan Avci, der im Dezember 1985 in Hamburg von Nazi-Skins ermordet wurde, war ein Wendepunkt in der Geschichte der Migranten in Deutschland. Unsere Initiative haben wir 2010 gegründet, nachdem ein Aktivist, der als Jugendlicher den Mordfall miterlebte, feststellte: Wir haben Ramazan Avci fast vergessen! Das war auch unser Versprechen an die Angehörigen der Opfer in Hanau: Wir werden sie nicht vergessen. Hanau ist ein weiterer Wendepunkt. Es wird ein „vor Hanau“ und „nach Hanau“ geben. Die Facebook-Seite des Aktionsbündnisses heißt deshalb „Hanau ist überall – Tag des Widerstands am 8. Mai“.

Migrantische Streiks haben eine Tradition. Vor fast 30 Jahren gab es nach dem Brandangriff im November 1992 in Mölln mit drei Toten und dem Anschlag 1993 in Solingen mit fünf Toten eine ganze Reihe von Protesten. Wie haben Sie jene Zeit erlebt?

Ich bin 1981, mit 14 Jahren nach Deutschland gezogen, erst nach Darmstadt, später nach Hamburg. Ich war immer politisch aktiv und habe im Zusammenhang von Gedenkinitiativen einen engen Kontakt zu den Familienangehörigen, vor allem in Hamburg und in Norddeutschland. Nach den rassistischen Anschlägen in Mölln und Solingen formierte sich eine antirassis-

*tische Migrant*innenbewegung, wir haben als „Widerstandsinitiative gegen Rassismus“ sehr schnell selbstorganisierte Aktionen und Streiks in Hamburg organisiert. Tausende Menschen mit oder ohne „Migrationshintergrund“ kamen zu Großkundgebung vor dem Hamburger Rathaus: Arbeiter_innen, Schüler_innen, Studenten_innen, Selbstständige und nicht nur türkischstämmige Organisationen und Vereine. Auch am „Tag des Streiks“, am 2. Juni 1993, war ich beteiligt. Laut „Hamburger Abendblatt“ waren in Altona 90 Prozent der Läden von Migranten dicht, vor dem Großmarkt in Hamburg standen LKW quer.*

Ein Generalstreik war die Protestform, die Sie eigentlich im Sinn hatten, als Sie jetzt zum Streiktag aufrufen. Dann kam Corona.

Nachdem wir von dem Massaker in Hanau erfahren haben, wollten wir nicht das gewöhnliche Gerede, sondern andere Wege einschlagen und aktiv werden. Es nützt nichts, in geschlossenen Räumen zu diskutieren und anzuklagen. Wir müssen den Alltag stören. Mit der Idee konnten wir auch viele Initiativen gewinnen. Es gab ein erstes Bündnistreffen mit zirka 60 Personen, zwei Tage später gab es die ersten Einschränkungen wegen Corona. Während der Krise zu einem Generalstreik der Migranten aufzurufen, kam nicht mehr infrage – da zeigen uns die Geschäftsleute einen Vogel.

Trotzdem findet ein Protesttag statt. Aufrufe der teilnehmenden Initiativen werden immer zahlreicher, man findet sie in den sozialen Netzwerken unter „Tag des Zorns“ und „Tag des Widerstands“ und Hashtags wie #HanauIstÜberall, #NieWieder #SayTheirNames, #8.MaiFeiertag und #SelbstverteidigungGegenRassismus. Findet er jetzt nur im Internet statt?

Die Nazis lachen doch, wenn die Leute nach so einem Massaker wie in Hanau schreiben: „Wir sind mehr“ und „unteilbar“. Natürlich sind wir mehr, aber das muss man auch sehen. Dort wo Bewegung ist, da guckt man hin. Auch wir haben Hashtags für die Aktionen und rufen Menschen dazu auf mit den Hashtags ihre Forderungen und Aktionen zu verbreiten. Das Aktionsbündnis „Hanau ist überall“ setzte trotz Corona-Auflagen einen kreati-

ven, dynamischen Prozess in Gang. „Die Vielen“, ein Zusammenschluss von Kulturhäusern, stellen uns ihre Infrastruktur zur Verfügung. Wir werden die Bilder und Namen der Opfer rassistischer Gewalt an bestimmte Gebäudefassaden projizieren, haben ein Video mit Überlebenden des Holocausts und Angehörigen von Opfern in Hamburg gedreht. Unser Bündnis hat mehrere Mahnwachen angemeldet. Wir werden Transparente und beschriftete Kartons aus Fenstern, von Balkonen, an Dächer und Außenwände hängen. Dazu rufen wir auch bundesweit unsere Unterstützer – Privatpersonen, Ladeninhaber, Schulen, Theater, Kulturhäuser, Kneipen – auf.

Interview: Sophie Vorgrimler

Mit freundlicher Genehmigung der Frankfurter Rundschau. Interview vom 7.5.2020

140 Quadratmeter gegen das Vergessen

Die Initiative 19. Februar Hanau

Am 19. Februar 2020 ermordete ein rassistischer Verschwörungsideologe in Hanau neun Menschen, tötete anschließend seine Mutter und sich selbst. Hinterbliebene und Unterstützer*innen kritisieren die schleppende Aufklärung – und haben einen Ort gegen das Vergessen geschaffen.

Wir sind die Initiative 19. Februar Hanau. Wir haben uns nach dem 19. Februar 2020, nach der Nacht, in der neun junge Menschen bei dem rechts-extremen Anschlag am Hanauer Heumarkt und in Hanau Kesselstadt ermordet wurden, gegründet.

Wir haben uns auf den darauf folgenden Mahnwachen, Kundgebungen und Trauerfeiern ein Versprechen gegeben: dass die Namen, die Gesichter und die Geschichten der Opfer nicht vergessen werden. Dass wir für eine lückenlose Aufklärung kämpfen werden. Dass wir Gerechtigkeit und Veränderung einfordern werden. Dass wir die Familien, die Betroffenen und Überlebenden nicht alleine lassen und die Tat vom 19. Februar nicht unter den Teppich kehren lassen werden.

Wir werden unsere Stimmen erheben und sie dafür einsetzen, dass von Seiten der Regierung endlich Konsequenzen gezogen werden. Dass endlich erkannt wird, dass wir nicht nur ein Rassismus-Problem, sondern ein tiefsitzendes rechtes Terror-Problem haben. Wir wollen verhindern, dass es bei folgenloser Betroffenheit und leeren Worten der Politiker bleibt. Wir wollen, dass das rechte Morden beendet und rechte Netzwerke aufgedeckt werden und die Gefahr, die von ihnen ausgeht, erkannt und angegangen wird.

Die Stadt und ihre Menschen nicht im Stich lassen

Solidarität bedeutet für uns mehr als Beileidsbekundungen und das Teilen von Hashtags. Es bedeutet für uns mehr als nur das Bestürztsein und das Warten auf Veränderung, das Warten auf Maßnahmen und neue greifende Gesetze, das Warten auf das Handeln unserer Regierung.

Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, unsere Stadt und ihre Menschen nicht im Stich zu lassen. Sie nach dem 19. Februar 2020 nicht einfach der Angst und der Trauer zu überlassen. Den Heumarkt nicht als einen Tatort stehen zu lassen, sondern genau dort, wo die ersten Schüsse in dieser schrecklichen Nacht fielen, neu zu erfinden. Wir haben genau dort einen Ort geschaffen,



einen „Laden“ eröffnet, in dem wir aktiv die Erinnerung an Ferhat, Gökhan, Fatih, Sedat, Mercedes, Kaloyan, Hamza, Nesar und Vili aufrecht erhalten und gemeinsam mit allen, die sich daran beteiligen möchten, der Solidarität und dem Widerstand einen Raum bieten wollen. Denn Hanau ist nicht Terror. Hanau ist nicht Rassismus. Hanau ist nicht tot. Wir wollen uns nicht mehr als Opfer sehen, wir wollen nicht mehr schweigen und schon gar nicht wollen wir uns verstecken.

In diesem Raum kommen Angehörige und Betroffene mit genau demselben Schmerz, demselben Trauma, demselben tiefen, niemals zu füllenden Loch zusammen und ehren ihre Verlorenen in so vielen verschiedenen Formen – und das alles ohne ein Wort verlieren zu müssen. Sie fühlen alle

dasselbe, sie fragen sich alle dasselbe, sie sehnen sich alle nach demselben. Nach ihren Kindern, die sie verloren haben. Der Raum fühlt sich für sie bereits an, wie das neue Zuhause ihrer Kinder. Wenn sie hier sind, sagen sie, sind sie bei ihnen zu Besuch.

Zusammenkommen, Zusammen mensein, Zusammenbleiben

Solidarität hat genauso viele Gesichter wie Trauer. Dem wollen wir an jedem 19. eines Monats Ausdruck geben. Gemeinsam mit den Angehörigen und den Freunden unserer neun Geschwister gedenken wir in verschiedenen Formen an sie. Wir besuchen gemeinsam die Tatorte am Heumarkt und in Kesselstadt und legen Blumen nieder und zünden Kerzen an, schwei-

gen gemeinsam und erinnern uns an sie. Wir versammeln uns am Brüder-Grimm-Denkmal am Marktplatz und legen Fotos von ihnen und Briefe für sie nieder.

Wir besuchen sie nicht nur am 19. eines jeden Monats, sondern auch an ihren Geburtstagen auf den verschiedenen Friedhöfen, auf denen sie ruhen – und am Ende des Tages kommen wir im Laden zusammen und auch wir – für einen kurzen Moment zumindest – zur Ruhe.

Wir haben am 5. Mai erstmals offiziell eröffnet, doch die Tür steht seit dem 1. April offen für alle. Wir haben die letzten Wochen mit Schweiß und Tränen, mit den Vätern und Müttern, den Brüdern und Schwestern der Opfer gemeinsam einen Ort errichtet, der nicht nur den Heumarkt, der nicht nur

Hanau, sondern uns alle daran erinnern soll, dass unsere Stadt seit dem 19. Februar 2020 nicht mehr dasselbe sein wird. Es ist nicht nur ein Raum des Zusammenkommens, es ist ein Raum des Zusammenseins und des Zusammenbleibens. Denn wir bleiben. Wir vergessen nicht, wir schauen nicht weg, wir sind da. Einfach da. Zu jeder Zeit und für jeden.

Für das Bleiben brauchen wir Unterstützung. Wir sind und bleiben unabhängig und der Erhalt des Ladens ist auf Spenden angewiesen. Wir sind für jede Spende dankbar.

SPENDENLINK:

<https://www.betterplace.org/de/projects/80047-140-qm-in-hanau-gegen-das-vergessen>



Gastkommentar

von Newroz Duman

Hanau muss zur Zäsur werden

Den Alltag der Angehörigen der Opfer prägen Schmerz, Wut und Entschlossenheit im Kampf für Aufklärung.

„Wer sich mit Hanau anlegt, hat sich mit der falschen Stadt angelegt“ sagte Cetin Gültekin fünf Monate nach dem Terroranschlag in Hanau, bei dem 9 Menschen aus rassistischen Motiven ermordet wurden, unter ihnen sein Bruder. Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović Vili Viorel Paună, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov sind die Namen der Ermordeten. Ihre Mütter, Väter, Brüder und Schwestern, ihre Familien und Freunde müssen seitdem mit dem Schmerz und der Leere leben, die nie wieder gefüllt werden kann. Ihr Schmerz und ihre Wut ist zum Alltag geworden: Die Wut über die Untätigkeit der Behörden, Polizei und Justiz, die die Tat nicht verhindert haben. Die Wut über die Gesellschaft, die den alltäglichen und strukturellen Rassismus zulässt, schürt und diesem nicht entgegentritt. Diese Wut macht das Trauern schwer.

Wie bereits zu viele Angehörige und Überlebende rassistischer Anschläge

zuvor machen die Hanauer Familien die Erfahrung, dass die Antworten auf ihre Fragen ausbleiben, und auch die notwendige Unterstützung nicht einfach zu bekommen ist. Im Gegenteil, einige prominente Politiker fordern bereits eine Rückkehr zur „Normalität“. In Hanau nehmen wir das aber nicht einfach hin. In der Krämerstrasse 24 haben wir unweit des ersten Tatorts als Initiative 19. Februar einen Raum geschaffen, der als gemeinsamer Ort der Solidarität und der Sicherheit allen offensteht und Kraft gibt. Ein Ort, den Betroffene und solidarische Unterstützer*innen gemeinsam gestalten, ein Ort der Erinnerung und Organisation, der gemeinsamen Trauer und der gemeinsamen Kraft. Dieser Ort ist eine Anlaufstelle, aber auch ein deutliches Signal, dass wir keine Ruhe geben. Aus Wut und Schmerz wird Entschlossenheit – Entschlossenheit gemeinsam für Aufklärung und Gerechtigkeit zu kämpfen.

Je mehr Zeit vergeht, desto mehr Fragen zur Tatnacht und der Untätigkeit der Behörden tauchen auf – durch unsere gemeinsamen Recherchen, in tages- und nächtelangen Diskussionen. In den vergangenen Monaten sind wir alle zusammengewachsen, hat jede und jeder seine und ihre eigene Rolle gefunden. Zusammen wurden die Forderungen nach angemessener Erinnerung, Gerechtigkeit, lückenloser Aufklärung und politischen Konsequenzen aufgestellt. Und 6 Monate danach sagen wir weiterhin: Hanau muss zur Zäsur werden.

Nicht nur vieles muss endlich anders werden, sondern die ganze Gesellschaft muss sich verändern. Es braucht Solidarisierung mit den Betroffenen. Es braucht eine praktische Entnazifizierung – der Ämter und Institutionen, der Polizei und Behörden. Der strukturelle Rassismus ebenso wie der Rassismus im Alltag – den alle Hinterbliebenen nur allzu gut kennen – muss konsequent und überall bekämpft werden. Er ist der Nährboden, auf dem der Hass des Täters überhaupt erst gedeihen konnte. Keiner der rassistischen Terrorakte oder der rechten Anschläge der deutschen Nachkriegsgeschichte hat bisher zu ernstzunehmenden Konsequenzen für die Täter geführt. Hätten die Behörden aus den Fehlern der Vergangenheit im Umgang mit dem NSU, mit den Nazinetzwerken in Hessen, mit den unzähligen rassistischen Anschlägen seit den 90ern gelernt, wäre Hanau nicht passiert.

Unsere Forderungen aus Hanau sind klar und es ist klar, was zu tun ist - für uns alle, in Hanau, in Hessen, in ganz

Deutschland: Betroffenheit und Lippenbekenntnisse reichen nicht, es ist Zeit für konkrete Konsequenzen. Nichts ist mehr wie zuvor für uns. Nichts darf mehr wie zuvor weitergehen für die Verantwortlichen. Für die, die schweigen. Für die, die wegschauen. Für die, die vertuschen. Für die, die die Täter schützen und nicht die Opfer. Hanau muss zur Endstation für Rassismus werden.

Am 22.8.2020 gehen wir deshalb in Hanau auf die Straße und wir rufen alle auf sich auf den Weg zu machen, den Betroffenen zuzuhören und beizustehen.

In Hanau setzten wir uns tagtäglich für eine Gesellschaft ein, in der Rassismus nicht die Normalität ist, für niemand. In der wir nicht auf den nächsten Anschlag warten müssen. In der alle geschützt werden. Diese Gesellschaft der Vielen ist die einzige Normalität, die wir akzeptieren werden. Bis dahin geben wir keine Ruhe.

Mit freundlicher Genehmigung der Frankfurter Rundschau. Gastbeitrag vom 21.8.2020

#saytheirnames

